# blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN
67.(82.) JAHRGANG
DEZEMBER 2014

## Aktuelles aus der Beruflichen Bildung

*HOCHSCHULE*
**Lehrbeauftragte stehen auf**

*TENDENZEN*
**Extremer Reichtum**

*SENIORITA*
**Interview mit Ilse Schaad**

## INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | ...3-5

### TITEL

Aktuelles aus der Beruflichen Bildung ... 6
Bescheidene Ansprüche *Manfred Triebe* ... 7
Ohne Ressourcen geht es schief *Rosemarie Pomian* ... 8
Aus Drei mach Eins *Tamara Gerth/ Volker Göbeler* ... 9
Praktisches Lernen *Ana Schachschneider* ... 11

### HOCHSCHULE

Lehrbeauftragte – hochgebildet, mies bezahlt *Robert Bluhm* ... 12

### SCHULE

Das Gymnasium *Brigitte Schumann* ... 14
Die Gewalt ohne Grund *Sven Lebort* ... 21

### SENIORITA

Ilse Schaad im Interview *Dieter Haase/Klaus Will* ... 17
Führerschein abgeben mit 75? *FB Seniorenpolitik* ... 19
SeniorInnentag im Februar ... 20

### GEWERKSCHAFT

Lobbyistenkomödie mit Evergreens *Kultur AG* ... 24
blz-Titelthemen 2015 *blz-Redaktion* ... 24
Gesichter der GEW ... 25
Filmvorstellung *Kultur AG* ... 25

### RECHT & TARIF

Kurzmeldungen ... 26

### GLOSSE

Sehnsucht *Gabriele Frydrych* ... 29

### TENDENZEN

Extremer Reichtum wird verheimlicht *Böckler Impuls* ... 30
Im Labyrinth des Schweigens *Harald Freiling* ... 32

### SERVICE

Theater und Schule | Fortbildung | Materialien ... 33

12 HOCHSCHULE Lehrbeauftragte an Hochschulen decken bis zu fünfzig Prozent des Lehrangebots ab (siehe auch Standpunkt in dieser Ausgabe). Ein Arbeitsvermittler in einem Berliner Jobcenter berichtet aus seiner Sicht über die Probleme dieser neuen prekären Art der Beschäftigung.

14 SCHULE Warum das Gymnasium kritisiert, dann aber doch bevorzugt wird, haben WissenschaftlerInnen untersucht. Brigitte Schumann berichtet, was sie herausgefunden haben.

21 SCHULE Amokläufe an Schulen erschüttern uns, weil sie so grausam und unverständlich sind. Gibt es womöglich Verhaltensmuster, die zu einer Früherkennung führen können? WissenschaftlerInnen suchen nach Erklärungen und Antworten.

TITEL: BERT BUTZKE; UNTEN: IMAGO/PETRA SCHNEIDER, MITTE: IMAGO/MCPHOTO; OBEN: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

IMPRESSUM

Die blz ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
**Redaktion:** Caroline Muñoz del Rio (verantwortlich), Klaus Will (Koordinierung, Foto- und Schlussredaktion), Martina Brömme, Tom Erdmann, Josef Hofmann, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne, Richardo Zeh.
**Redaktionsanschrift:** Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de **Anzeigen und Verlag:** GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion. Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 12 vom 1. November 2013
**Satz, Layout und Konzept:** bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler Erkelenzdamm 9, 10999 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
**Druck:** Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin

ISSN 0944-3207 12/2014: 25.500

## LEUTE

***Eva Gerber*** steht auf Platz 1 der Liste der GEW BERLIN für den Personalrat der LehramtsanwärterInnen 2014. Die Liste ist auch sonst gendermäßige korrekt: Zwei Drittel Frauen, ein Drittel Männer sind für die Personalratswahl aufgestellt. Wenn diese Zeitschrift erscheint, ist die Wahl schon gelaufen, sehr wahrscheinlich steht das Ergebnis auch schon fest. Wer es genau wissen will, findet unter www.gew-berlin.de die genauen Zahlen.

***Alice Salomon*** war eine Sozialreformerin der deutschen Frauenbewegung und eine Wegbereiterin der Sozialen Arbeit als Wissenschaft. Nach ihr ist die Berliner Hochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik benannt. Jetzt gibt es auch den Förderverein Alice-Salomon-Archiv, der die Quellen und das historische Erbe Salomons pflegen und bewahren, sich aber auch in Wissenschaft und Ausbildung engagieren will. Gesucht werden noch UnterstützerInnen, die durch ihre Mitgliedschaft den Verein fördern.

***Bruno Osuch***, GEW-Mitglied, Lehrer und Fachbereichsleiter an der Internationalen Nelson-Mandela-Schule, wurde Mitte Oktober zum neuen Präsidenten des Humanistischen Verbandes Deutschlands, Landesverband Berlin-Brandenburg (HVD), gewählt. Seine beiden Stellvertreterinnen sind Felicitas Tesch, langjährige bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und ebenfalls GEW-Mitglied sowie Daniela Trochowski, Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen in Brandenburg (Die Linke). Der HVD ist Träger des Humanistischen Lebenskundeunterrichtes, an dem fast 60.000 SchülerInnen teilnehmen.

***Elke Hannack,*** im DGB-Bundesvorstand für Jugendthemen zuständig, unterstützt die Unterschriftenkampagne »Lernen für den Frieden«: »Die Gewerkschaften sehen die teils aggressive, teils verdeckte Eigenwerbung der Bundeswehr als Arbeitgeber an Bildungseinrichtungen äußerst kritisch. Dabei werden die Aufgaben und Belastungen des Soldatenberufs verharmlost. Junge Menschen werden durch den alleinigen Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen einseitig beeinflusst.« Die Unterschriftenkampagne läuft noch bis zum 8. Mai 2015.

FOTO: NEUES DEUTSCHLAND/ ANJA MÄRTIN

# Wir stehen auf

## Die lange Vorbereitung des Aktionstags der Lehrbeauftragten fand einen krönenden Abschluss

*von Linda Guzzetti, Abteilung Wissenschaft*

Am 6. November 2014 hat der bundesweite Aktionstag der Lehrbeauftragten stattgefunden, den die Landesdelegiertenversammlung im Frühjahr beschlossen hatte und über dessen Vorbereitung zuletzt in der Oktoberausgabe der *blz* berichtet wurde. Mit Aktionen in dreiundzwanzig Städten und einer gelungenen zentralen Aktion in Berlin war dieser erste Aktionstag ein großer Erfolg.

Ein Teil des Erfolgs besteht in der umfassenden Berichterstattung in den Medien: In den Tagen um den 6. November sind zahlreiche Artikel und Interviews über die Situation der Lehrbeauftragten in überregionalen und lokalen Zeitungen erschienen. Der Bundesvorstand der GEW hat den Aktionstag wirksam unterstützt; die Länderfachgruppen Hochschule und Forschung haben Pressemitteilungen veröffentlicht und lokale Aktionen gefördert und veranstaltet. Der Aktionstag hat für die bundesweit etwa 90.000 Betroffenen bedeutet, dass die eigene prekäre und ungerechte Arbeitssituation endlich sichtbar geworden ist.

In Berlin gab es eine zentrale Aktion vor der Senatswissenschaftsverwaltung mit einem »Beschwerde-Chor« nach der Musik von Beethovens »Freude schöner Götterfunken« sowie der Pantomime »Lehrbeauftragte stehen auf«. Zudem wurde in Anwesenheit von etwa sechzig Lehrbeauftragten und weiteren Hochschulangehörigen eine gemeinsamen Resolution von GEW, Deutsche Orchestervereinigung, Bundeskonferenz der Sprachlehrbeauftragten und Bundeskonferenz der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen an die Senatswissenschaftsverwaltung übergeben. In der Zeit um den Aktionstag gab es zahlreiche Initiativen an den Berliner Hochschulen. An der Universität der Künste (UdK) war im November ein Hochschulaktionstag mit dem Ziel, die Arbeit der Lehrbeauftragten zu würdigen und Verbesserungen zu fordern. Eine Ausstellung über 130 Jahre Arbeit der Lehrbeauftragten an der Musikhochschule war im Foyer der UdK zu besichtigen.

An der FU-Berlin fand im Oktober eine öffentliche Diskussion mit dem Vizepräsidenten für Lehre zu den Arbeitsbedingungen der Lehrbeauftragten statt.

An der Humboldt-Universität, der FU, der Alice-Salomon-Hochschule und der Hochschule für Wirtschaft und Recht wurden Infotische zur Mittagszeit aufgestellt. Damit sind wir mit Studierenden und anderen Hochschulangehörigen ins Gespräch gekommen und haben sie über die Arbeitsbedingungen der Lehrbeauftragten informiert.

Einen Tag vor dem Aktionstag fand eine Anhörung zum Thema Lehrbeauftragte im Wissenschaftsausschuss des Abgeordnetenhauses statt, bei der die GEW durch die Koordinatorin der AG-Lehrbeauftragte, Linda Guzzetti, vertreten wurde.

Nach viel Arbeit und Engagement waren die beteiligten KollegInnen am Ende der Pantomime am Alexanderplatz zufrieden. Die Pantomime bestand darin, dass sechzehn Lehrbeauftragte, die unter Laken versteckt waren, allmählich aufgestanden sind und Buchstaben hochgehalten haben, die nach und nach den Satz bildeten: »Lehrbeauftragte stehen auf«. Die Schlussfolgerung kann nur sein: »Wir stehen gern wieder auf!«

*Der Text der übergebenen Resolution kann unter www.gew-berlin.de/10744.php nachgelesen werden.*

Unter dem Motto »Weckruf für die Senatorin« demonstrierten am 18. November 2014 weit über 100 ErzieherInnen für verlässliche Vor- und Nachbereitungszeiten und Kooperation für ErzieherInnen an den Berliner Grundschulen. Sie zogen lautstark von der Weltzeituhr über den Alexanderplatz zum Sitz der Senatsschulverwaltung, wo es eine Abschlusskundgebung gab.

FOTO: ANDREAS KRAFT

**Männer gefragt für Kita und Grundschule**

Berlin lag 2013 in der Rangliste der Bundesländer beim Männeranteil in Kitas mit 8,3 Prozent auf dem zweiten Platz hinter Hamburg (Fachkräfte inklusive Praktikanten). Hamburg hat einen Männeranteil von 10,2 Prozent, der Bundesdurchschnitt liegt bei 4,1 Prozent. Berlin konnte innerhalb der letzten sieben Jahre eine Steigerung des Männeranteils in dem Bereich von 3,9 Prozent erzielen. Weiterhin hat Berlin 2012/2013 mit 23,5 Prozent den höchsten Anteil an männlichen Studierenden in den Fachschulen für Sozialpädagogik. Das werde zukünftig den Anteil der männlichen Erzieher in Kitas und Grundschulen weiter steigern, heißt es in der Antwort der Senatsbildungsverwaltung auf eine Anfrage im Abgeordnetenhaus. (17/14664)

**Studentisches Wohnen in Berlin**

Über 2.200 Namen stehen in Berlin auf der BewerberInnenliste des Studentenwerks für einen Platz in einem Studentenwohnheim. Da die Mieten auch in Berlin angestiegen sind, sind die Studentenwohnheime attraktiver geworden. Beim Berliner Studentenwerk kostet ein Wohnheimplatz durchschnittlich 204 Euro im Monat. Insgesamt, so ein Sprecher des Studentenwerkes, benötige man in Berlin 5.000 weiter Wohnheimplätze. Gerade ist in Adlershof auf dem Campus der Humboldt-Universität ein privat vom Studentendorf Schlachtensee eG finanziertes Studentendorf mit 368 Plätzen fertig geworden, doch hier liegen die Mieten zwischen 390 und 450 Euro. Mit zum Angebot gehören dort eine Kita, ein Fitnessstudio und Carsharing. Weitere Informationen unter www.studentendorf-berlin.com/adlershof

**Sparschwein Stadtteilbibliotheken**

Der Arbeitskreis Berliner Stadtteilbibliotheken hat Ende August 2014 in einem Offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und seinen Staatssekretär Tim Renner eine bessere Bibliothekspolitik für Berlin gefordert. In dem Brief heißt es: »Seit Anfang der 90er Jahre wurden ungefähr Zweidrittel aller Stadtteilbibliotheken in Berlin geschlossen! Diese Schließungen sind die Folge fortgesetzter Mittelreduzierungen und Sparauflagen sowie der Nichtrealisierung von Bibliotheksentwicklungsplänen und Expertengutachten. Es ist dringend erforderlich, dass von der Landesebene aus neue Impulse gesetzt werden, um diesen Prozess zu stoppen, den Erhalt des verbliebenen Bibliotheksnetzes zu sichern und für eine nachhaltige, an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger orientierte Weiterentwicklung des gesamtstädtischen Bibliothekswesens zu sorgen.« Die Bibliothekare fordern insbesondere den Stopp der ersatzlosen Schließung vorhandener Bibliotheksstandorte, die Verabschiedung eines Bibliotheksgesetzes mit Finanzierungsverpflichtungen des Landes und der Bezirke auf der Grundlage von Mindeststandards sowie die Abschaffung der bisherigen Kosten-Leistungs-Rechnung. Die Zahl der Stadtteilbibliotheken hat sich seit Beginn der 1990er Jahre von 225 auf heute 84 reduziert. Der Erwerbungsetat für alle Bezirksbibliotheken ist 2013 trotz gestiegener Buchpreise mit 3,8 Millionen Euro auf dem Stand von 1995. Seit 1995 werden außerdem jährlich 10 Euro Ausweisgebühr verlangt. Weitere Informationen unter www.kribiblio.de

**Kinderforschungszentrum ausgezeichnet**

Das Hellersdorfer Kinderforschungszentrum Helleum ist von der deutschen Unesco-Kommission als Projekt der »Bildung für nachhaltige Entwicklung« ausgezeichnet worden. Helleum ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem Bezirksamt, der Alice-Salomon-Hochschule und der Senatsbildungsverwaltung und richtet sich an Grundschulkinder, deren Familien und an PädagogInnen. Vom Januar 2013 bis Juli 2014 besuchten 10.000 Kinder und 1.700 Erwachsene die Einrichtung. Dabei kommen 75 Prozent der Kinder aus dem Bezirk, die sowohl vormittags die Workshops mit ihren Klassen besuchen als auch nachmittags die offene Lernwerkstatt und den Tüfteltag.

**Ungesicherte Zukunft**

Trotz aller Beteuerungen der EU und auch aus Deutschland sind die Versprechungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa weder umgesetzt, noch reichen sie tatsächlich aus. Die Jugendarbeitslosenquote ist zwar europaweit von 23,5 auf 21,6 Prozent gesunken, doch noch im August meldeten Griechenland und Spanien nach wie vor Arbeitslosenzahlen bei den Jugendlichen bis 25 Jahre von über 50 Prozent. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack befürchtet, dass sich hier

»eine ganze Generation von der europäischen Idee verabschiedet«, wenn sie keine Perspektiven erhält. Anlässlich des Beschäftigungsgipfels Anfang Oktober in Mailand forderte Hannack, weniger Gipfel und mehr Einsatz, damit das Geld aus Europa »schnell und effizient da ankommt, wo es dringend gebraucht wird«. Auch der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann sieht keine »nennenswerten Fortschritte«. Für Erfolge seien die bisherigen Maßnahmen »nicht ambitioniert genug«.

**Lehrkräfte werden auf die Herausforderung Inklusion vorbereitet**

Die Kultusministerkonferenz hat die Überarbeitung der ländergemeinsamen inhaltlichen Anforderungen für die Lehrkräftebildung mit Blick auf die Erfordernisse inklusiven Unterrichts fortgesetzt. Zur weiteren Umsetzung der Anforderungen, die ein inklusives Schulsystem an die Ausbildung von Lehrkräften stellt, aktualisierte die Kultusministerkonferenz (KMK) die Fachprofile für Chemie, Geschichte, Mathematik, Physik, Evangelische Religionslehre und Katholische Religionslehre. In einem ersten Schritt änderte die Kultusministerkonferenz bereits Mitte des Jahres die »Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften« und das Fachprofil Sonderpädagogik unter inklusionsspezifischen Gesichtspunkten: »Alle Lehrerinnen und Lehrer sollen für den Umgang mit Heterogenität und das Gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung schon in ihrer Ausbildung vorbereitet werden«, sagte die Präsidentin der Kultusministerkonferenz und nordrhein-westfälische Schulministerin Sylvia Löhrmann. Mit der Einbeziehung der Wissenschaftskreise bei der Überarbeitung werde auch an den Hochschulen ein Diskurs über notwendige Veränderungen der Lehrkräftebildung mit Blick auf die Anforderungen der Inklusion an künftige Lehrkräfte initiiert.

**Mehr blz im Internet**

Für Mitglieder gibt es jetzt die vollständige *blz* im Original-Layout als PDF-Dokument. Dieses Archiv beginnt mit der Februar-Ausgabe 1999 und ist zugänglich unter www.gew-berlin.de/128.php. Um Zugang zum Mitgliederbereich zu bekommen, muss man seine Mitgliedsnummer bereithalten, wenn man nicht schon einen Zugang hat.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge nur per E-Mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

**Lob der Redaktion, *November-blz 2014***

Heute ist die November-Ausgabe der *blz* angekommen. Dies nehme ich zum Anlass, um die GEW-BERLIN in ihrer »allgemeinpolitischen« Positionierung jenseits des Kerngeschäfts zu unterstützen. Beispielhaft zeigen mir das in den letzten Monaten die ablehnende Position zum Freihandelsabkommen TTIP sowie die kritische Positionierung zur Räumung des DGB-Hauses Berlin-Brandenburg (Stichwort: Refugees welcome). Macht weiter so! *Bernd Brouns*

**Keine Schule für alle, *September-blz 2014***

Da ich selber aufgrund einer schweren Hirnverletzung seit meinem zwölften Lebensjahr behindert bin und dadurch von der Klasse 8 an bis zum Abitur förderbeschult und schulisch wie gesellschaftlich ausgeschlossen war, möchte ich zu Brigitte Schumanns Artikel Stellung nehmen: Leider beschränkt sich Frau Schumann nur auf den schulischen Bereich, indem sie die bildungspolitische Inklusion kritisiert. Für eine Bildungsgewerkschaft ist diese Betrachtung zwar verständlich, aber gesellschaftlich nicht ausreichend. Die Inklusion Behinderter darf nicht mit dem Schulabschluss enden. Sie muss darüber hinaus gehen. Für den nachschulischen Bereich ist die Paradoxie von Inklusion und Selektion feststellbar. Hier wird gesellschaftspolitisch die Spreu vom Weizen getrennt. In diesem Zusammenhang ist auch auf einen differenzierten Unterricht zu verzichten, der in einem Zweilehrersystem stattfindet. Differenzierung hat Verbesonderung zur Folge. Im Ergebnis werden differenzierte Schulabschlüsse erreicht, die dann auch wieder beruflich eine Isolation Behinderter in der Werkstatt für behinderte Menschen bedeutet. Ich warne also vor einer schulischen Inklusion, die sich nur auf Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention bezieht. Inklusion ist als Gesamtpaket zu sehen und für dieses Gesamtpaket ist die Schule, als Inklusion einleitende Institution, verantwortlich. Es wird zum Thema Inklusion immer von einem LehrerInnen- und Elternwillen gesprochen, nie von einem SchülerInnenwillen. *Carsten Rensinghoff*

## ADRESSÄNDERUNG

Bitte teilt Adressänderungen, Änderungen beim Beschäftigungsverhältnis der Geschäftsstelle mit. Per Mail: info@gew-berlin.de, Fax: 219993 50 oder per Post: GEW BERLIN, Ahornstraße 5, 10787 Berlin.

## ÜBRIGENS

Wir, die Redaktion der blz, hatten eine gute Zeit auf der Klausurtagung in Erkner und viele neue Ideen, wie wir uns inhaltlich und gestalterisch noch weiter verbessern können. Mal sehen, ob es euch auffällt, wenn die kleinen, aber feinen Veränderungen beginnen und was ihr davon haltet. Über Rückmeldungen sind wir natürlich dankbar.

Eine erste Neuerung folgt direkt im Anschluss, zusammen mit dem Redaktionsschluss der nächsten Ausgaben wird euch das Titelthema genannt. Vielleicht motiviert das ja doch den einen oder die andere mehr, etwas für uns zu schreiben. Wir würden uns freuen!

Das Jahr 2014 ist fast vorbei. Gerade hatte es begonnen und schon nähert es sich wieder seinem Ende. Geht das nur mir so oder fliegt eure Zeit auch immer so schnell vorbei? Für mich ein gutes Zeichen, weil es heißt, dass sich viel bewegt und passiert. Nur das Innehalten darf ich manchmal nicht vergessen. Nun ja, wann, wenn nicht jetzt, am Ende des Jahres. In diesem Sinne: Habt eine gute Adventszeit, genießt die Ferien, entspannt euch und kommt gut ins neue Jahr. Bis dahin!

*Caroline Muñoz del Rio (CMdR)*

*Das geplante Titelthema für die Februarausgabe lautet »Geflüchtete in Berlin«. Redaktionsschluss dafür ist der **2. Januar**. Für die Märzausgabe ist wegen der Winterferien schon am **23. Januar** Redaktionsschluss. Geplant ist das Titelthema »Gute Arbeit für und von Frauen«.*

# Aktuelles aus der Beruflichen Bildung

Nicht nur die allgemeinbildende Schule ist in Bewegung, auch an den berufsbildenden Schulen gibt es neue Tendenzen. Zwei sehr aktuelle Themen greifen wir hier auf. Da ist zum einen die gerade beschlossene Gründung der Jugendberufsagentur nach dem Hamburger Vorbild: Keine und keiner darf verloren gehen auf der Strecke zwischen Schule und Beruf! Und da ist die Neuordnung des großen Bereiches der Büroberufe und die damit zusammenhängende Umorientierung auf die Lernfeldarbeit. Wie immer in Berlin sollen die Lehrkräfte all diese Reformen nebenbei erledigen, wobei aber Spitzenleistungen erwartet werden. Stundenermäßigungen für die konzeptionelle Ausarbeitung und die Erprobung sind auch hier nicht vorgesehen. Die Lehrkräfte müssen wieder ausbaden, was der Senat auch in der beruflichen Bildung jahrelang versäumt hat: Mehr Lehrkräfte einzustellen.

FOTO: MARCO2811 / FOTOLIA, MONTAGE BLEIFREI

# Bescheidene Ansprüche an eine neue Institution

## Die Jugendberufsagentur soll helfen, mehr Jugendliche auszubilden. Kann sie das überhaupt?

*von Manfred Triebe, Arbeitslehre-Experte*

Berlin ist Spitze! Jedenfalls bei der Jugendarbeitslosigkeit. Die aktuellen Zahlen (August 2014) weisen knapp 18 000 arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren aus, das sind 11,6 Prozent bei den Jobcentern registrierte junge Menschen. Das ist zwar weniger als noch 2013 (12,4 Prozent), aber deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt (6,8 Prozent) und deutlich mehr als beispielsweise in Hamburg (6,6 Prozent). Was läuft schief in Berlin?

Hamburg hat in den letzten zwei Jahren die Übergangsquoten in eine Ausbildung verdreifacht. Und Hamburg hat seit 2012 eine Jugendberufsagentur. Besteht da ein Zusammenhang? Der Berliner Senat sieht das offenbar so, denn im Januar 2014 hat er das Projekt Jugendberufsagentur (JBA) auf den parlamentarischen Weg gebracht. Offenkundig verfehlt die bisherige Form der Beratung durch Jobcenter, Sozialämter und Schule ihr Ziel. Anfang September 2014 wurde deshalb über die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung für Berlin in der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Berlins Bildungssenatorin, VertreterInnen des »Hamburger Modells« und ExpertInnen informiert und diskutiert und die Berliner Variante einer JBA vorgestellt. Sandra Scheeres nannte als Zielvorstellung zur Reduzierung der Zahl arbeitsloser Jugendlicher den bestmöglichen Schulabschluss für jeden Jugendlichen als ersten Schritt. Das steht allerdings genau in dieser Formulierung bereits seit 2010 im Berliner Schulgesetz und hat das Problem der hohen Jugendarbeitslosigkeit bisher nicht verändert. Was also ist neu und vor allem besser an einer Jugendberufsagentur im Vergleich zum bisherigen Zustand der Beratung und Vermittlung von SchulabgängerInnen in Ausbildung und Erwerbstätigkeit?

### Vorhandene Ressourcen sollen gebündelt werden

Zunächst muss man wissen, dass es sich bei der geplanten Jugendberufsagentur nicht um eine neue Institution im eigentlichen Sinne, mit eigenem Personal, eigenem Haushalt und eigener Rechtsform handelt, vielmehr sollen vorhandene Ressourcen gebündelt werden. Über die Hamburger Variante sagte der Geschäftsführer des Instituts für Berufliche Bildung »wer trotz Beratung keine reguläre Ausbildung bekommt, muss eine schulische Ausbildung erhalten. Voraussetzung ist die Erfassung aller Schülerinnen und Schüler ab dem 8. Schuljahrgang«. Nach der Entlassung aus den Schulen werden die Jugendlichen »belagert«, man nennt das dort auch aufsuchende Beratung. Damit soll sichergestellt werden, dass tatsächlich niemand »verloren geht«. Die Hamburger setzen damit auf eine intensive Betreuung vor allem der eher schwer vermittelbaren SchulabgängerInnen. Selbst wohnungslose Jugendliche wollen sie mit einem sogenannten »Couchhopping« erreichen. Im Konzeptpapier des Berliner Senats für die geplante Jugendberufsagentur liest sich das ähnlich:

- Alle schulpflichtigen Jugendlichen werden so lange aktiv angesprochen, bis sie eine Ausbildung oder Arbeit aufgenommen haben.
- Beratung für SchülerInnen der Sekundarstufe II, die die Schule abbrechen
- Systematische, verbindliche und kontinuierliche Vernetzung der beteiligten AkteurInnen.
- Direkter Informationsaustausch und gemeinsames Fallmanagement sichern jungen Menschen ohne Umwege die Integration in Ausbildung und Arbeit.
- Übergreifende Planung und Abstimmung der Maßnahmen zur Berufsvorbereitung, Ausbildung sowie Absicherung des Ausbildungserfolges.
- Arbeitslosigkeit wird vermieden.
- Doppelförderung und Förderlücken werden vermieden.
- Die verbesserte berufliche Integration junger Menschen trägt zur Deckung des Fachkräftebedarfs bei.
- Damit »niemand verloren geht« erfassen die Schulen alle Jugendlichen der Abschlussklassen im berufsorientierenden Unterricht.

Das kann man alles bedenkenlos unterschreiben. Es fragt sich allerdings, ob eine neue Institution die Problemlösung bringt und vor allem, warum sich die Senatorin auf der Veranstaltung um eine klare Beantwortung der Frage nach einer Ausbildungsgarantie gedrückt hat. In der Beantwortung einer Anfrage der Abgeordneten Katrin Möller (Die Linke) vom 14. Januar 2014 wurde eine solche vom DGB schon länger geforderte Ausbildungsgarantie sogar abgelehnt: »…unmittelbare Verpflichtungen zu formulieren ergibt keine Handlungsgrundlage für die Kooperation in dem Projekt JBA. Es wird darauf ankommen, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe für die große Gruppe von Jugendlichen mit durchschnittlichen und in manchen Fällen auch

Manfred Triebe

FOTO: KAY HERSCHELMAN

unterdurchschnittlichen Schulabschlüssen zu öffnen.« Der Senat strebt eher eine Einbindung der Wirtschaft in die strategische Steuerung der JBA an. Wir erinnern uns: Der sogenannte Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs der Bundesregierung von 2004, der auf Freiwilligkeit und Einbindung der Wirtschaft setzte, hat das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht gelöst, allerdings eine Ausbildungsabgabe für Betriebe ohne Ausbildungsplätze verhindert.

### Die Kooperation macht den Erfolg

Die Caritas wertet seit einigen Jahren regelmäßig die Zahlen jugendlicher SchulabgängerInnen ohne Abschluss aus. In der letzten Auswertung sagt Caritaspräsident Neher: »Die Ergebnisse zeigen deutlich: Wenn vor Ort Politik, Schulen, Arbeitsämter und Wirtschaft kooperieren, schaffen mehr Schüler einen Abschluss. Mit einem Mix aus Schulsozialarbeit, frühen Hilfen, Berufsorientierung, Elternarbeit und Angeboten für schulmüde Jugendliche können wir Kinder effizient darin unterstützen, einen Schulabschluss zu erlangen.« Ein Schulabschluss ist eine Basis für die Vermittlung in Ausbildung und Beruf. Ob die geplante JBA diese Kooperationen organisieren kann, wird sich zeigen müssen. Die Ansprüche des Senats an die JBA sind eher bescheiden. Die Senatorin nannte auf der Veranstaltung als Ziel, die aktuelle Jugendarbeitslosigkeit (11,6 Prozent) auf unter 10 Prozent zu drücken. Bei knapp 18.000 arbeitslosen Jugendlichen unter 25 im Januar 2014 (Tagesspiegel) sind dies bei einer angenommenen Quote von 9 Prozent (optimaler Wirkungsgrad der neuen Struktur) im Jahr 2016 rund 4.000 Jugendliche weniger. Wir sind gespannt.

Der Bezirk Marzahn hat die Zahlen seiner arbeitslosen Jugendlichen in den letzten beiden Jahren ohne eine neue »Institution« um ein Drittel reduziert. Vielleicht holt sich die Senatsverwaltung dort mal Rat?

# Ohne Ressourcen geht es schief

## Die Jugendberufsagenturen brauchen eine verlässliche Personalausstattung

Rosemarie Pomian

*von Rosemarie Pomian, Abteilung Berufsbildende Schulen*

Rund 30.000 Jugendliche beenden pro Schuljahr nach zehn Schulbesuchsjahren die allgemeine Schulpflicht. Davon gehen ungefähr 50 Prozent in die gymnasiale Oberstufe (inklusive der beruflichen Gymnasien), rund 12.000 werden in Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen Berlin aufgenommen und nur 2.600 Jugendliche beginnen unmittelbar nach der Sekundarstufe I eine duale Berufsausbildung. Insbesondere die letzte Zahl und viele Ausbildungsabbrüche haben offenbar dazu geführt, dass sich das Land Berlin und die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg des Übergangsproblems von der Schule in die Berufsausbildung und auf den Arbeitsmarkt endlich annehmen wollen.

Wie bereits in der Mai-*blz* 2014 berichtet, sollen regionale Jugendberufsagenturen (JBA) dabei helfen, dass Jugendliche nach dem Schulabschluss schneller in eine Ausbildung kommen und die Ausbildungsabbrüche reduziert werden. Das wird aber nur dann funktionieren, wenn ein Beratungssystem aufgebaut wird, dass bei den Jugendlichen ansetzt, ihre Stärken und Schwächen diagnostiziert und ihnen Hilfe in allen Belangen des Lebens anbietet. Für die Beratungen muss gelten, dass diese aktivierend und nicht sanktionierend, neutral und nicht von Eigeninteressen der Beratenden geleitet sind. Die Beratungen müssen also subjekt- und nicht »maßnahmenorientiert« sein. Und allen Jugendlichen, die weder in die Oberstufe noch in die duale Ausbildung oder eine Ausbildung mit staatlicher Prüfung wechseln, muss eine klare Perspektive für ein Konzept »mit zwei Schritten in die Ausbildung« gegeben werden.

Zu begrüßen ist, dass es für alle Jugendlichen, die Hilfe beim Übergang in Ausbildung oder Beruf und zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen benötigen, nur noch eine Anlaufstelle geben soll – nämlich die regionale JBA. Den Weg dorthin werden aber die Lehrkräfte der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen ebnen müssen. Neben der Begleitung bedarf es dazu auch der »Kontrolle« – denn niemand darf auf dem Weg zur JBA verloren gehen!

Das neue Landeskonzept für Berufs- und Studienorientierung (LaKo) sieht ein Büro für Beratung an den Schulen vor. Und sicherlich ist auch allen Akteuren klar, dass das LaKo, die Beratungs- und Unterstützungszentren (BUZ) und die regionalen JBA unverzahnt nicht erfolgreich sein werden.

FOTO: KAY HERSCHELMANN

Aus meiner Sicht ist das im LaKo vorgesehene Beratungsbüro in den ISS der ideale Ort, um eine individuelle Beratungen von SchülerInnen zu ermöglichen. Mindestens einmal pro Woche sollte dort die KoordinatorIn duales Lernen/Berufsorientierung – also eine Lehrkraft der ISS -, die für die Region zuständige SchullaufbahnberaterIn sowie gegebenenfalls die SchulsozialarbeiterIn und die BerufsberaterIn der jeweiligen Arbeitsagentur als AnsprechpartnerInnen zur Verfügung stehen. Für das Büro muss es verlässliche Öffnungszeiten geben. Und die dort tätigen Personen bilden sozusagen das Bindeglied zu der regionalen JBA.

Zwingend notwendig ist nicht nur die Bereitstellung eines geeigneten Raumes, sondern auch die notwendige Freistellung der beiden genannten Lehrkräfte mit entsprechenden Anrechnungsstunden. Diese Stunden müssen ab dem kommenden Schuljahr über die Zumessungsrichtlinien und in der Folge über eine Stellenabsicherung im Haushaltsplan der Senatsbildungsverwaltung abgesichert werden. Die Beratung darf keine zusätzliche Aufgabe für die Lehrkräfte werden, die auch noch im Rahmen des jetzigen Deputats erledigt werden muss.

In den regionalen JBA müssen die Agenturen für Arbeit mit den Lehrkräften der berufsbildenden Schulen sowie den Verantwortlichen für Berufsorientierung/Duales Lernen an den allgemeinbildenden Schulen ihre Angebote abstimmen. Nur so können die Jugendlichen umfassend und rechtskreisübergreifend (bezieht sich auf die jeweiligen Sozialgesetzbücher) auf eine reflektierte Berufswahl vorbereitet werden.

In das Lako muss unbedingt auch das Beratungsbüro für die Gymnasien aufgenommen werden. Denn auch für die relevante Teilgruppe der SchülerInnen an den Gymnasien, die nicht in die gymnasiale Oberstufe übergehen, sowie für die Jugendlichen in der Sekundarstufe II muss die Übergangsberatung ebenfalls rechtzeitig ansetzen und möglichst alle Jugendlichen erreichen. ■

# Aus Drei mach Eins

## Die Büroberufe sind neu geordnet worden. Fächer werden durch Lernfelder ersetzt und die Berufe reduziert

*von Tamara Gerth und Volker Göbeler, Abteilung Berufsbildende Schulen*

Am 1. August 2014 trat der neu geordnete Ausbildungsberuf »Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement« in Kraft: Die bisherigen drei Berufe, Bürokaufleute, Kaufleute für Bürokommunikation und Fachangestellte für Bürokommunikation wurden dadurch ersetzt. Der neue Beruf ist prozess- und kompetenzorientiert aufgebaut. Entsprechend sind die berufsbezogenen Lerninhalte nach Lernfeldern gegliedert und nicht mehr nach traditionellen Fächern. Außerdem müssen zwei Wahlqualifikationen gewählt werden, die sich an den Möglichkeiten der Ausbildungsbetriebe orientieren. Dadurch kann die Ausbildung in allen infrage kommenden Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes erfolgen. An den Schulen mit Vollzeitausbildung müssen diese Wahlqualifikationen praxisgerecht ausgebildet werden, da diese Schulen ja auch die Ausbildungspflichten der Betriebe mit übernehmen. Es gibt außerdem eine neue Form der Prüfung, die gestreckte Abschlussprüfung, die sich von der bisher üblichen Prüfungsform unterscheidet. Bundesweit betroffen sind von diesen Veränderungen rund 90.000 Ausbildungsverhältnisse. Damit ist ein riesiges Neuordnungsprojekt endlich realisiert worden: Das war auch überfällig, denn die alten Verordnungen für die Bürokaufleute waren von 1991.

Zurzeit wird in den Bundesländern an der Umsetzung des Rahmenlehrplans gearbeitet. In Berlin holte man sich Hilfe in Hamburg und initiierte dazu das Projekt »*KaBueNet*«, um eine curriculare Gesamtkonzeption des lernfeldstrukturierten Unterrichts zu entwickeln. Das Projekt ist ein Netzwerk der sechs Berliner Oberstufenzentren mit Bürobildungsgängen und der Annedore-Leber-Oberschule, ▶

FOTO: BLUEDESIGN/FOTOLIA

Tamara Gerth

Volker Göbeler

wissenschaftlich begleitet durch das Institut für Berufs- und Wirtschaftspädagogik (IBW) der Universität Hamburg. Die Ergebnisse dieses Projekts in Form eines komplexen Lehrplans sind auf der Internetseite www.kabuenet.de veröffentlicht. Neben dem Curriculum findet man dort zu allen Lernfeldern Beispielmaterialien, die von den KollegInnen erstellt wurden und allen Beteiligten mit Zugangsberechtigung zur Verfügung stehen.

Jetzt fragt man sich natürlich, woher die Inhalte des Lehrplans stammen. Die Antwort ist ganz einfach: von den Berliner Lehrkräften der beteiligten Schulen! Innerhalb eines Jahres wurde für knapp die erste Hälfe der Lernfelder in Arbeitsgruppen an den Schulen und schulübergreifend in Workshops, auf Sitzungen und natürlich auch im häuslichen Arbeitszimmer nachgedacht, geschrieben, gemailt, diskutiert. Diese schulübergreifende Zusammenarbeit war durchaus erkenntnisreich und förderlich, aber sie fiel zusätzlich an, es gab und gibt keinerlei Ermäßigungsstunden. Die Grenze der Belastbarkeit wurde dabei durchaus öfter erreicht oder vielleicht auch überschritten.

## Wie läuft es in der Schule mit dem neuen Büroberuf?

In der Elinor-Ostrom-Schule – einer der beteiligten Schulen – hat man sich gründlich auf den Start in den neuen Beruf vorbereitet. Im Projekt *kabuenet* wurde beispielsweise ein Vorschlag für die Einführungstage erarbeitet, der schulspezifisch angepasst werden musste. Diese Schule ist auf die vollzeitschulische Ausbildung spezialisiert, also wurden auch die ersten Wochen im Lernbüro besprochen.

Alle gingen motiviert und gespannt in die ersten Wochen. Es wurde von Anfang an darauf geachtet, dass die vielfältige Schülerschaft gut zusammenarbeiten konnte. SchülerInnen aus unterschiedlichen Nationen, mit unterschiedlichen Biographien und Lebensvorstellungen galt es, zur gemeinsamen Arbeit zu motivieren. In den ersten zwei Wochen beschäftigten sie sich mit dem neuen Berufsbild, lernten die Medientechnik vor Ort kennen oder besichtigten einen Betrieb. Alle waren der Meinung, dass man sich bei den Einführungswochen gut kennengelernt habe, und starteten motiviert in den Neubeginn. Nun ging es weiter mit dem für alle neuen Lernfeldunterricht sowie (im Vollzeitbereich) mit der Arbeit im von der Elinor-Ostrom-Schule übernommenen, aber gründlich überarbeiteten Modellunternehmen im Lernbüro. Um die Kompetenzen im Unterricht umzusetzen, kommt es auf die Materialien und Ideen an.

Unter Arbeitsstränge/Lernfelder/IV Beispielmaterial findet man Materialien zu den Lernfeldern. Diese sind teilweise sehr gut aufgearbeitet, manchmal aber auch etwas zusammengewürfelt und von sehr unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden. Deshalb sollte dieses Material nicht ungeprüft in den Unterricht übernommen werden. Der Überarbeitungsbedarf ist nicht zu unterschätzen.

## Erschöpfte KollegInnen

Nach sechs Wochen der Einarbeitung in die neuen Materialien waren die KollegInnen erschöpft und teilweise frustriert. Dabei hatte das Schuljahr gerade erst angefangen! Endlose Teambesprechungen wurden »natürlich« mit keiner Stunde entgolten. Das alles wird – ohne Beachtung von irgendwelchen gesundheitlichen Dimensionen – von den KollegInnen, die mit dem neuen Beruf starten, als selbstverständliche Arbeitsleistung erwartet. Außerdem müssen die räumlichen und materiellen Voraussetzungen für den Lernfeldunterricht erst noch durch Umbau und eine neue Ausstattung geschaffen werden. So wird in den einzelnen Schulen mehr oder weniger stark mit vorhandenen Mitteln improvisiert.

Die SchülerInnen waren motiviert und gaben sich große Mühe, den Anforderungen zu entsprechen, die aber zu hoch sind. Vieles ist verdichtet, die Anzahl von Kopien, die im Unterricht ausgeteilt werden, erschöpfen die SchülerInnen ebenso wie das Kopierkontingent der Lehrkräfte. Schwierig ist dies für alle Beteiligten, die mehr Zeit bräuchten, um sich zu finden und zu orientieren. Zeit für Teambildung, Zeit für Auseinandersetzungen mit Konflikten und Problemen kommt im kompetenzorientierten Konzept leider zu kurz.

## Mehr Ressourcen notwendig

Abschließend bleibt also festzuhalten: Die Komplexität von Schule und Unterricht wird durch die Lernfeldeinführung deutlich größer. Von daher war es gut, eine wissenschaftliche Begleitung mit ins Boot zu holen. Aber ohne zusätzliche Ressourcen für die Entwicklung dieses neuen Berufs an den Schulen und für die Zusatzbelastung der Lehrkräfte können die Arbeitsergebnisse nur Stückwerk bleiben. Vor dem Hintergrund, dass die Gesamtentwicklung des neuen Büroberufes noch gar nicht abgeschlossen ist, müssen wir nachdrücklich diese Ressourcen einfordern. ■

FOTO OBEN: PRIVAT, FOTO: KAY HERSCHELMANN, UNTEN: IMAGO/BUCKWINKEL

# Praktisches Lernen

## Warum die Umsetzung des Lernfeldkonzepts so schwierig ist

*von Ana Schachschneider, Fachseminarleiterin**

Obwohl das Lernfeldkonzept seit 1996 von der KMK für alle neugeordneten oder neuen Berufe vorgeschrieben ist, ist die Umsetzung im Unterricht in vielen berufsbildenden Schulen immer noch nicht optimal. Um die berufliche Handlungskompetenz besser zu fördern, sollen die Lernfelder aus den beruflichen Handlungsfeldern abgeleitet und durch geeignete Lernsituationen für den Unterricht didaktisch aufbereitet und konkretisiert werden. Das Ziel des Lernfeldunterrichts ist es, die Lernenden zum selbstständigen Planen und Durchführen von beruflichen Aufgaben zu befähigen. Anstelle der reinen Wissensvermittlung müssen die Fachinhalte in einen Anwendungszusammenhang gebracht werden. Somit stehen in einem Lernfeldunterricht die beruflichen Aufgabenstellungen und die beruflichen Arbeitsprozesse im Mittelpunkt.

Trotz einer großen Anzahl an Publikationen über das Lernfeldkonzept ist die Entwicklung der Lernsituationen aus den Lernfeldern und deren Umsetzung im Unterricht für viele Lehrkräfte eine große Herausforderung. Diese Aufgabe ist sehr anspruchsvoll und komplex und deshalb nur von Teams zu bewerkstelligen. Die Umsetzung des Lernfeldkonzepts wird zudem durch die Unterrichtsorganisation erschwert, da diese nicht selten an dem alten fachsystematischen Unterricht ausgerichtet ist. Zum Teil sind aus organisatorischen Gründen in den berufsbildenden Schulen immer noch Fächer auf dem Stundenplan zu finden.

### Was alles nötig ist

Bei der Planung einer Lernsituation werden die Lehrkräfte mit vielen Fragen konfrontiert. Die erste Schwierigkeit ist es, die relevanten Handlungssituationen für entsprechende Berufe zu finden. Dafür müssen die Lehrenden die beruflichen Handlungsfelder kennen. Das ist schwierig, weil den Lehrkräften der Einblick in die aktuellen beruflichen Handlungsprozesse und beruflichen Aufgaben oft fehlt und die entsprechende berufliche Handlung nicht immer in berufsbildenden Schulen umgesetzt werden kann. Die zweite Herausforderung ist die Planung der Lernsituation nach dem Prinzip der vollständigen Handlung. Alle didaktisch-methodischen Überlegungen sollen dazu dienen, die berufliche Handlungskompetenz der Lerngruppe optimal zu entwickeln und zu fördern. Im schulinternen Curriculum sind zum Teil nur die Fachinhalte vorgegeben, die dann von den Lehrkräften in einen Anwendungszusammenhang gebracht werden müssen.

Am Anfang einer Lernsituation muss die Lerngruppe mit einem Einstiegsszenario motiviert und das Vorwissen aktiviert werden. Da das Einstiegsszenario eine realitätsnahe Problemstellung, die den Bezug zur betrieblichen Situation herstellt, umfassen und die gesamte Lernsituation tragen muss, ist das Finden eines geeigneten Einstiegsszenarios eine wichtige, aber auch anspruchsvolle Aufgabe.

Des Weiteren sollen die Unterrichtsmethoden so gewählt werden, dass kooperatives und selbstständiges Lernen unterstützt wird. Die Lerngruppe muss an das planvolle Vorgehen bei der Lösung der beruflichen Aufgaben herangeführt werden. Nicht zuletzt müssen sich die Lehrkräfte Gedanken machen, wie die Lernprozesse und Lernprodukte dokumentiert, reflektiert und bewertet werden können und wie die kompetenzorientierte Leistungsüberprüfung erfolgen soll.

Das Lernfeldkonzept ist für viele berufsbildende Schulen eine Chance zur Unterrichtsverbesserung, aber für viele Lehrkräfte auch eine Belastung, da mit der Entwicklung der neuen schulinternen Curricula eine zusätzliche Arbeit entstanden ist und die Rahmenbedingungen in den Schulen nicht immer optimal für den Lernfeldunterricht sind. Es sind mehr Fortbildungsangebote zum Thema »Umsetzung der Lernfelder im Unterricht« nötig. Vor allem brauchen Lehrkräfte konkrete Hinweise, wie der Lernfeldunterricht gelingt, und mehr Unterstützung, um die Umsetzung des Lernfeldkonzepts in Lehrerteams zu erleichtern.

FOTO: PRIVAT

*Ana Schachschneider ist Berufsschullehrerin für Elektrotechnik und Informatik am Oberstufenzentrum Informations- und Medizintechnik, Fachseminarleiterin Elektrotechnik und kommissarische Seminarleitung.

FOTO: EHRENBERG-BILDER/FOTOLIA

# Lehrbeauftragte – hochgebildet, mies bezahlt

**Menschen mit Lehraufträgen gelten statistisch als »in den Arbeitsmarkt integriert«, erhalten aber Hartz IV-Leistungen**

FOTO: PRIVAT

*von Robert Bluhm, Arbeitsvermittler in einem Berliner Jobcenter*

Der Hochschulabschluss ist in der Tasche und nun beginnt die Karriere. Standen die Chancen bis in die frühen 2000er Jahre noch gut, einen gutbezahlten Arbeitsplatz zu finden, so ist es am heutigen Arbeitsmarkt für AkademikerInnen schwerer geworden durchzustarten.

Zwar sind nur drei Prozent der AkademikerInnen von Arbeitslosigkeit bedroht, aber die Länge der Arbeitslosigkeit unterscheidet sich je nach Studiengang sehr stark. Bleiben HochschulabsolventInnen der Ingenieurswissenschaften oder Informatik durchschnittlich weniger als drei Monate arbeitslos, so können AbsolventInnen aus den Geistes- und Sozialwissenschaften schon über zwölf Monate für die Arbeitssuche benötigen. Ebenso gibt es große Unterschiede bei den Einstiegsgehältern, die zudem geschlechterspezifisch auseinanderdriften. Noch schwieriger sieht die Lage aus, wenn die AkademikerInnen mit oder ohne Promotionsbestreben an einer Hochschule Karriere machen wollen.

In einer Zeit, in der die Hochschulbildung immer bedeutender wird und die Zahl der Studierenden steigt, braucht es ein festes Fundament an wissenschaftlichen Beschäftigten. Das setzt im Umkehrschluss eine gute finanzielle Ausstattung der Hochschulen voraus. Dies ist trotz Exzellenzinitiativen aber weit gefehlt. Im Gegenteil, es erhöht sich der Druck durch vorausgesetzte Drittmitteleinwerbung und befristete Verträge. Es scheint oftmals vergessen, dass gerechte Arbeitsbedingungen und gute Forschung und Lehre zwei Seiten einer Medaille sind. Angesichts der steigenden Studierendenzahlen lassen sich DozentInnen und ProfessorInnen nicht aus der Portokasse bezahlen. Bei bestimmten Beschäftigtengruppen wie wissenschaftlichen MitarbeiterInnen oder Lehrbeauftragten ist die Situation längst eskaliert. Hier gibt es Beschäftigungsverhältnisse, die sind schlechter als in der Gastronomie.

**»Beschäftigungsverhältnisse, die schlechter sind als in der Gastronomie.«**

6. November 2014: Bundesweiter Aktionstag der Lehrbeauftragten an Hochschulen gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse: In Berlin demonstrierten am 6. November 2014 GEW und Deutsche Orchester Vereinigung (DOV) vor dem Sitz der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft.

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ

Konkret sieht es so aus: In der Regel ergattern AkademikerInnen recht gut einen Lehrauftrag an Berliner Hochschulen, da diese auf Personal angewiesen sind. Bei viel Glück und guten Kontakten kann eine befristete, projektbezogene Teil- oder Vollzeitstelle in Assistenz oder als Postdoc herausspringen. Größtenteils sind es aber auf Selbstständigkeit ausgerichtete Honorartätigkeiten als Lehrbeauftragte mit einem oder zwei Seminaren pro Semester. Aus Sicht einer Integrationsfachkraft der Jobcenter sieht es dann so aus: Menschen mit Lehraufträgen gelten statistisch als »in den Arbeitsmarkt integriert«, sind aber dennoch unterbeschäftigt und erhalten weiterhin Hartz IV-Leistungen. Denn das Honorar liegt pro Semesterwochenstunde zwischen 21,40 Euro und 52 Euro. Je nach Vergütungssatz und Anzahl der Lehraufträge (meist ein bis zwei) können bei 18 Semesterwochen zwischen 385 Euro bis 1872 Euro an Einkommen zusammenkommen. Es ist das Einkommen aus viereinhalb Monaten ohne Sozialversicherungsabgaben und ohne Erstattung der Ausgaben zur Vorbereitung von Seminaren. Zudem benötigen Vor- und Nachbereitung sowie Klausuraufsicht und -korrektur Zeit, die nicht vergütet wird. Lehrbeauftragte müssen also quasi in Minijobverhältnissen nur ohne Sozialversicherung arbeiten. So bleiben AkademikerInnen weiterhin leistungsberechtigt und müssten eigentlich dem Arbeitsmarkt für vierzig Stunden pro Woche zur Verfügung stehen.

Hinzu kommt ein zweites Problem: Die Vergütung aus dem Lehrauftrag wird erst zum Ende des Semesters an die Lehrbeauftragten gezahlt. Hierbei entsteht ein Problem im Leistungsrecht beim Sozialgesetzbuch II (SBG II). Da die AkademikerInnen als Selbstständige gelten, wird ihr Einkommen fiktiv auf sechs Monate verteilt. Die Gesamtsumme der kommenden Einnahme wird durch sechs Monate geteilt und mit einem Freibetrag versehen. Diese fiktive Monatseinnahme wird dann mit dem Hartz IV-Anspruch von derzeit 391 Euro verrechnet. Faktisch haben AkademikerInnen monatlich also weniger Geld zur Verfügung, weil die Einnahme aus der Honorartätigkeit erst am Ende (!) des Semesters gezahlt wird. Die Lehrbeauftragten beantragen wegen der finanziellen Lücke nun oft Vorschüsse oder legen Widersprüche gegen ihre Hartz IV-Bescheide ein, da ihnen monatlich weniger Geld zum Leben zur Verfügung steht. Hier entsteht für das Jobcenter ein hoher bürokratischer Mehraufwand, der unangenehm für Leistungsbeziehende, aber auch für die Beschäftigten im Jobcenter ist. Daher sind einige Jobcenter bereits dazu übergangen, trotz Selbstständigkeit nach dem Zuflussprinzip für Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit zu handeln, um den bürokratischen Aufwand zu reduzieren. Eigentlich müssten wir auch prüfen, ob es sich nicht um eine Scheinselbstständigkeit handelt, da meist nur ein Auftraggeber – die Hochschule – existiert. Dies würde jede dieser ArbeitnehmerInnen aber neue Probleme bringen.

Kurzum: Lehrbeauftragte können als extrem prekär beschäftigt gelten, und ob es mit der akademischen Laufbahn dann funktioniert, steht in den Sternen. Dass wird auch solange bleiben, wie die Universitäten und Hochschulen in der Lehre bei steigenden Studierendenzahlen unterfinanziert sind. Hier wird auf dem Rücken der künftigen WissenschaftlerInnen und HochschullehrerInnen eine Sparpolitik ausgetragen, bei der deren Potential bei mieser Bezahlung abgeschöpft wird. Teilweise verlieren Lehrkräfte schnell die Motivation an der Hochschulkarriere, was eine Verschwendung von geistigen Ressourcen auch für zukünftige Studierendengenerationen ist. Skandalös an dieser Form der Beschäftigung bleibt auch die Subventionierung durch die Steuerzahlenden an die Hochschulen. Denn das Arbeitslosengeld II und die Krankenkassenbeiträge übernehmen das Jobcenter. Ein unhaltbarer Zustand! ■


**Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender 2014/2015**

Frisches Design, hoher Nutzen, unschlagbar günstiger Preis: Der Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender 2014/2015.

In Kooperation mit dem GEW-Landesverband Sachsen bieten wir auch in diesem Jahr wieder für unsere Mitglieder den Kalender im Format DIN A5 zum Preis von nur 5 Euro an. Versandkosten zuzüglich.

Bestellungen ab sofort per Mail, Fax oder über das Internet. Detaillierte Informationen zum Kalender und das Bestellformular findet man auf der Internetseite.

**www.gew-berlin.de/lehrerkalender.php**

## GEW-KALENDER 2015

Der (grüne) GEW-Kalender mit Jahreskalendarium für alle, die im Wissenschaftsbereich oder im Bereich Jugendhilfe/Sozialarbeit beschäftigt sind, sowie für alle Rentnerinnen und Rentner ist erschienen und wird auf Anforderung zugeschickt. Bitte den folgenden Abschnitt an die GEW BERLIN schicken (aus organisatorischen Gründen keine telefonischen Bestellungen). Bitte an die GEW BERLIN, Ahornstraße 5, 10787 Berlin senden/faxen (030 / 21 99 93-50) oder mailen (mitgliedsverwaltung@gew-berlin.de).
*Bestellformular im Internet: www.gew-berlin.de/4760.php*

### GEW-KALENDER 2015: JA, DEN WILL ICH HABEN!

Name, Vorname: _____

Schule: _____

Adresse: _____

_____

Datum, Unterschrift: _____

# Das Gymnasium – kritisiert und dennoch bevorzugt

**Eine Studie gibt Hinweise zum Schulwahlverhalten von Eltern. Und sie erklärt auch, warum diese sich für die Rückkehr zu G9 einsetzen und was Inklusion für sie bedeutet**

*von Brigitte Schumann, Bildungsjournalistin aus Nordrhein-Westfalen*

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Bundesministeriums für Familie, SeniorInnen, Frauen und Jugend ist eine qualitative empirische Studie unter anderem der Frage nachgegangen, wie Eltern der verschiedenen sozialen Milieus in Deutschland Schule wahrnehmen und den Bildungserfolg ihrer Kinder beeinflussen.

Auf der Basis einer umfangreichen Untersuchung mit dem Schwerpunkt auf Westdeutschland hat eine ForscherInnengruppe Ergebnisse vorgelegt, die 2013 veröffentlicht wurden. Sie beruhen auf mehrstündigen Interviews mit Vätern und Müttern, aber auch mit LehrerInnen. Die milieuspezifische Unterscheidung der befragten Eltern orientiert sich an der bevölkerungsrepräsentativen Studie des Delta-Instituts zur Identifizierung der Milieustruktur in Deutschland.

Die Ergebnisse wurden nicht aus standardisierten Abfragen ermittelt, sondern aus offenen Gesprächssituationen. Die Befragten hatten die Möglichkeit, sich frei zu äußern und sich differenziert auf die Fragestellung einzulassen. Mit der qualitativen Methode konnten tiefe Einblicke in das komplexe Verhältnis von Eltern und Schule gewonnen werden, wie sie in einer statistischen Erhebung so nicht möglich sind.

## Milieuspezifische Reaktionen

Die Studie stellt heraus, dass für Eltern aus den Milieus der sozialen Mitte das Gymnasium alternativlos ist, auch wenn sie G8 heftig kritisieren. Die Hauptschule oder eine Schulform, die aus der Zusammenlegung von Haupt – und Realschule hervorgeht, werden grundsätzlich abgelehnt. Als Gründe werden das schlechte

FOTO: IMAGO/RAINER UNKEL; PRIVAT

soziale Umfeld und die damit verbundenen schlechteren Bildungs- und Berufschancen der Kinder angegeben.

Bei Eltern der unteren sozialen Milieus spielt das Gymnasium keine Rolle. Schule soll aus ihrer Sicht Grundkenntnisse vermitteln und auf eine praktische Berufsausbildung vorbereiten. Als Eltern von HauptschülerInnen sind sie besorgt über den Wandel der Hauptschule zu einer Verliererschule. Eltern aus dem Milieu der Benachteiligten ist zudem die Abgrenzung von Randgruppen und SchülerInnen nichtdeutscher Herkunft wichtig.

Eltern der Oberschicht und der oberen Mittelschicht bevorzugen für eine umfassende Bildung ihres Kindes die Privatschule. Sie reduzieren den Bildungserfolg ihrer Kinder nicht auf das bloße Erreichen guter Noten. Insbesondere bei den »Performern«, die sich selbst zum dynamischen Milieu der Leistungseliten rechnen, gehört zur Potentialentfaltung des Kindes die Aktivierung von Motivation, Leistungswillen, Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung.

## Kritik der Mittelschicht am Gymnasium

Die Studie spricht von einer erheblichen Kollision des Bildungs- und Erziehungsanspruchs von Eltern aus den sozialen Milieus der Mitte mit dem Gymnasium. Sie resultiert aus einem »Paradigmenwechsel in der Erziehung von Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu einer Erziehung, die sich an der Persönlichkeit des Kindes orientiert«. Dieser Wertewandel »verstärkt bei den Eltern den Wunsch nach kleinen Klassen und individueller Förderung sowie einem Bildungssystem, das Jugendliche nicht nur auf Noten reduziert und sie frustriert, sondern ihnen Freude am Wissen vermittelt«. Genau dies kommt aus Elternsicht aber zu kurz, wenn das Gymnasium auf individuelle Schwierigkeiten mit dem Lernstoff und dem Lerntempo nicht eingeht, keine Zeit für Reflexion einräumt, Vertiefung des schulisch vermittelten Wissens durch Einübung und Anwendung in den häuslichen Bereich oder in die Nachhilfe verlagert und Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Gestaltung freier Zeit blockiert.

## Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Trotz dieser massiven Kritik halten Eltern der bürgerlichen Mitte am Gymnasium fest. Dabei sehen sie sich in einer ambivalenten Rolle. Die Studie bescheinigt ihnen »innere Zerrissenheit«. »Während sie einerseits die ganze Persönlichkeit ihres Kindes und seine individuellen Potenziale fördern möchten, konzentrieren sie andererseits ihre Bemühungen mit zunehmendem Alter des Jugendlichen auf gute Noten für einen guten Schulabschluss.« Frauen übernehmen über das Management der Hausaufgaben verstärkt die Zuständigkeit für den Schulerfolg ihrer Kinder und kehren so in traditionelle Rollenmuster zurück.

Eltern aus der bürgerlichen Mitte, die dem postmateriellen Milieu zugeordnet werden, treten laut Studie zwar als scharfe KritikerInnen des selektierenden Schulsystems auf und beklagen die Ungerechtigkeit gegenüber Kindern der Unterschicht. Aber auch in ihren Reihen ist das Gymnasium bei der Schulwahl trotz der Selektions- und Leistungszwänge alternativlos.

## Soziokulturelle Selektion als Schulwahlmotiv

Aufschlussreich sind die Motive, denen laut Studie eine zunehmende Bedeutung bei der elterlichen Schulwahl zukommt und die sich mit der soziokulturellen Selektion am Gymnasium verbinden. Dazu stellt die Studie fest: »Die zentralen Motive von Eltern aus gehobenen Milieus und auch aus der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft bei der Schulwahl sind Distinktion und soziale Homogenität.« Kinder aus der sozialen Unterschicht sollte es aus dieser Perspektive nach Möglichkeit an der Schule des eigenen Kindes nicht geben. Soziale Segregation ist ein erwünschter Effekt der frühen Verteilung auf institutionell getrennte Bildungsgänge. Bei Eltern der Oberschicht und der oberen Mittelschicht ist die Entscheidung für eine Privatschule der sichere Weg, das Bedürfnis nach sozialer Abgrenzung zu befriedigen.

Damit bestätigt die Studie, was uns die Sozialforschung als Gesellschaftsbefund schon seit langem attestiert: Die sozialen Milieus der Ober- und Mittelschicht gehen im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung auf Abstand zu den Milieus der unteren sozialen Schichten. Diese wiederum grenzen sich von Randgruppen nach unten ab. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird durch gesellschaftliche Segregations- und Desintegrationsprozesse zunehmend in Frage gestellt und sein Verlust beschleunigt.

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

**Zeugniserstellung leicht gemacht!**

Neue Schulstruktur, neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

***Preise für GEW-Mitglieder***

| | Online | CD |
|---|---|---|
| Grundschule | 20,- | 30,- |
| Integrierte Sekundarschule | | |
| - Sek. I | 30,- | 40,- |
| - mit gymn. Oberstufe | 40,- | 50,- |
| Gemeinschaftsschule | | |
| - Sek. I | 20,- | 30,- |
| - Klasse 1-10 | 30.- | 40,- |
| Gymnasium | | |
| - Sek. I | 20,- | 30,- |
| - Sek. I und Sek II | 30,- | 40,- |
| - Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6 | 40,- | 50,- |

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen. Sonderformulare sind nach Absprache möglich.

Alle Informationen und Bestellmöglichkeiten unter

**www.gew-berlin.de/zeugnis.php.**

*Bestellschein: siehe Seite 27*

Damit Gymnasien sich derzeit an der Inklusion von Kindern mit Behinderungen beteiligen, die nicht nach dem Lehrplan des Gymnasiums unterrichtet werden können, bedarf es häufig eines erheblichen Drucks von außen.

## G9 – Treibstoff für Inklusion?

Da die Leistungsverdichtung am Gymnasium durch die Schulzeitverkürzung auch als ein schlagendes Argument dafür benutzt wird, das Gymnasium von allen Inklusionsansprüchen auszunehmen, stellt sich die Frage, ob mit der Umsetzung der Elternforderung, zu dem alten G9 zurückzukehren, eine inklusive Entwicklung am Gymnasium erleichtert wird.

Mag die von Eltern der sozialen Mitte favorisierte Lernkultur, die das individuelle Kind in das Zentrum stellt, auch inklusionsförderlich sein, die ablehnende Einstellung gegenüber Kindern aus den unteren sozialen Milieus ist es nicht. Sie steht dem Verständnis von Inklusion von Elternseite entgegen. Die Vorstellung, dass sich mit der Rückkehr zu G9 das Gymnasium zwangsläufig und automatisch auch für sozial benachteiligte Kinder mit Lern- und Verhaltensproblemen öffnet, die das Abitur nicht erreichen oder anstreben, ist daher unrealistisch. Eine solche Öffnung ist mit der Forderung nach G9 von Elternseite weder politisch mitgedacht noch intendiert. Auch in den Erklärungen der gescheiterten Initiative für das Volkbegehren »G9 HH jetzt« gab es keinen Hinweis darauf.

## Die Rolle der Bildungspolitik

Die Bildungspolitik reagiert derzeit durchaus uneinheitlich auf das Drängen der Elterninitiativen nach G9. Nicht alle KultusministerInnen wollen die Rolle rückwärts mitmachen. Die Bildungspolitik erweist sich jedoch als verständnisvoll, wenn es darum geht, dem Gymnasium die Inklusion von Kindern mit Lernbehinderung aus den unteren sozialen Schichten zu »ersparen«. In den Bundesländern mit zweigliedrigen Systemen hat sich längst eingespielt, dass die integrierte Schulart neben dem Gymnasium automatisch die Inklusion aller zieldifferent lernenden Kinder mit Beeinträchtigungen und Behinderungen übernimmt.

Auch die saarländische Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer hat bei der Einführung der Inklusion im Saarland mit Verweis auf den Bildungsauftrag des Gymnasiums, SchülerInnen zum Abitur zu führen, die Sonderrolle des Gymnasiums begründet: »Daran bemisst sich die Frage des Zugangs. Und zwar für alle Kinder – egal, ob behindert oder nicht behindert.« Mit dieser scheinheiligen Begründung wird der Inklusion am Gymnasium ein Riegel vorgeschoben. Die Politik stellt sich unwissend gegenüber der Tatsache, dass nicht die Leistung des Kindes, sondern die soziale Zugehörigkeit die zentrale Rolle bei dem Übergang ins Gymnasium spielt und von Eltern der sozialen Mitte bei der Schulwahl einkalkuliert wird.

Eine Bildungspolitik, die allein eigennützige Elternwünsche aus den sozialen Milieus der Mitte zu ihrem Maßstab macht, verkennt und verfehlt ganz eindeutig ihre Aufgabe. Das Recht auf inklusive Bildung ist ein Kinderrecht und gilt für alle Kinder, auch für Kinder am Gymnasium. Der Treibstoff für soziale Inklusion ist die Erfahrung von Vielfalt und Differenz und nicht ihre Vermeidung. Damit hat die Bildungspolitik auch das Gymnasium zu versorgen und dabei die Weichen und Bedingungen für eine gelingende inklusive Schulentwicklung zu stellen.

In diesem Kontext drängt sich allerdings ernsthaft die Frage auf, ob nicht aus guten inklusionspädagogischen Gründen die Abschottung des Gymnasiums von allen anderen Schulformen zwingend aufgegeben und die Sekundarstufe I am Gymnasium wieder auf sechs Jahre verlängert werden muss. Für die Oberstufe könnte dagegen mit der Flexibilisierung durch »das Abitur im eigenen Takt« auch eine selbstbestimmte, sinnvolle Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur vorgesehen werden. Auch die Forderung der Hamburger GEW zur Neugestaltung der Oberstufe stellt einen wichtigen transformatorischen Schritt auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem dar. Danach sollen gemeinsame Oberstufen von Gymnasien und Stadtteilschulen mit einem flexiblen Abitur nach zwei bis vier Jahren eingerichtet werden.

In Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg soll nach dem Willen der rot-grünen und grünroten Landesregierung keine Schulart von dem Inklusionsauftrag ausgenommen werden. GEW und die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG) sind skeptisch angesichts der realen Entwicklung, die keine zentrale Steuerung des Inklusionsprozesses vorsieht. Die Schulleitervereinigung der Gesamtschulen und die GGG in NRW haben daher anlässlich ihrer gemeinsamen Landesfachtagung im Februar 2014 als Forderung mit Nachdruck formuliert: »Inklusion ist die Aufgabe aller Schulformen. Es kann nicht sein, dass diese Aufgabe vorrangig integrierten Schulen zugewiesen wird. An der Umsetzung der Inklusion sind die Schulen entsprechend ihrem Regelschüleraufkommen zu beteiligen.« ■

*Literatur: Henry-Huthmacher, Ch. et al. (Hrsg.): Eltern – Lehrer – Schulerfolg. Wahrnehmungen und Erfahrungen von Eltern und Lehrern. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung der katholischen Stiftungsfachhochschule Benediktbeuren für die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und das Bundeministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart 2013*

CARTOON: RENATE ALF

BLZ-SEITEN FÜR DAS GEHOBENE ALTER

SenioRita

AUSGABE XXIV ALTERSABHÄNGIG DEZEMBER 2014

# Spannende Zeiten

Die EXTRA-SEITEN der blz

## Ilse Schaad über ihre Zeit als Leiterin des Bereichs Tarif- und Beamtenpolitik in Berlin und auf Bundesebene

*Das Interview führten Dieter Haase und Klaus Will*

*Liebe Ilse, nachträglich unseren herzlichen Glückwunsch zum 65. Geburtstag im April 2014. Bist du gut rein- und wieder rausgekommen?*

Ja, ich habe bei uns zuhause im kleinen Kreis gefeiert. Im Sommer habe ich dann noch eine Gartenparty gemacht. Das war schön, da waren dann auch alte MitstreiterInnen dabei. Bei meiner Arbeit in den vergangenen Jahren war ich so viel unterwegs, dass ich einige Leute schon lange nicht mehr gesehen habe.

*Da überall das 25jährige Jubiläum des Mauerfalls gefeiert wird, müssten wir dich eigentlich auch fragen, wie du das damals mitbekommen hast. Aber das stand ja schon vor fünf Jahren in der blz: Du bist mit deinen beiden Kindern, damals 6 und 9, noch am Abend zur Mauer gefahren und erst um 2 Uhr wiedergekommen. An was erinnern die sich denn heute noch? Die sind ja inzwischen 32 und 35 Jahre alt.*

Die erinnern sich beide. Mein Sohn Benjamin studiert ja nach einigen Semestern Philosophie heute Architektur und hat sich mit dem Mauerfall und den Folgen während des Studiums ausführlich befasst. Er sagte mir, dass er damals nicht sonderlich begeistert war, als er mit musste, aber mir heute noch dankbar ist, dass ich ihn mitgeschleppt habe und er diesen historischen Moment live miterleben konnte. Das war ja auch eine besondere Stimmung damals. Wir waren zuerst am Checkpoint Charlie und dann am Brandenburger Tor – faszinierend, was da abgelaufen ist.

Ilses Enkel mit einem von ihr designten und genähten Overall aus Wollstoff mit Kapuze und zwei Reißverschlüssen zum easy An- und Ausziehen. FOTO: PRIVAT

*Du bist seit 1987 Leiterin des Referates Angestellten- und Beamtenpolitik in Berlin. Da war die Vereinigung für deinen Bereich doch bestimmt sehr spannend.*

Na ja, da war 1989/90 ja auch noch der Kita-Streik. Das war auch schon aufregend. Und dann der Mauerfall – das war ja nun für – fast – alle überraschend. Und dann die Diskussionen und Kontakte der GEW mit den Gewerkschaften dort, das war schon sehr spannend. Wir waren dauernd unterwegs damals und haben gar nicht mehr gespürt, was das auch für eine Belastung war. Man war ständig unter Adrenalin. Mit Safter Çinar bin ich hauptsächlich in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern unterwegs gewesen – fast jede Woche woanders. Alles war ja neu: die Leute, die Einrichtungen. Da waren auch schon eindrucksvolle Sachen darunter. Ich war zum Beispiel erstaunt über die pompöse Ausstattung des Internats in Königs Wusterhausen für Kinder von Leuten, die im Westen arbeiteten. Andererseits waren wir aber auch erschrocken zum Beispiel über die Art und Weise im Makarenko-Heim in Treptow.

*Wie bekommt man als Deutsch- und Englischlehrerin eine Leidenschaft für die doch, na ja, sehr trockene Tarif- und Beamtenpolitik?*

Das hat natürlich auch biografische Ursachen. Ich habe schon immer gerne den Mund aufgemacht, mich gewehrt.

Dabei habe ich die Erfahrung gemacht, dass man bei solch exponierter Stellung gut daran tut, sich unangreifbar zu machen. Da muss man sich eben gut informieren über die Regeln. Und ich habe immer nachgefragt, auf welcher Grundlage nun Vorgesetzte irgendwas anweisen: Wo steht das, bitte? Aber richtig losgegangen ist es erst, als ich mich tierisch über meine Schulleitung geärgert habe. Die hat mir, als ich bei meinem ersten Kind auf Teilzeit gegangen bin, soviel Springstunden gegeben, dass ich statt kürzer sogar noch länger in der Schule bleiben musste: 13 Stunden hatte ich zu geben und 17 Springstunden haben die mir reingehauen. Deswegen habe ich mich in die entsprechenden Gesetze und Verordnungen eingelesen. Als ich dann Personalrätin war, habe ich folgerichtig erst einmal Stillzeiten für stillende Mütter durchgesetzt. Darüber redet heute keiner mehr. Aber damals hat man pro Tag eine volle Unterrichtsstunde zum Stillen bekommen. Bei diesen Aktivitäten hat sich herausgestellt, dass es mir Spaß macht, mich mit anderen herumzustreiten und dass ich gerne recht habe. Das habe ich dann weiterverfolgt.

*Du hast dich aber auch innerhalb der GEW nicht gescheut, trotz heftigen Widerstand deine Positionen zu vertreten!*

Na ja, ich war ja nicht allein dabei. Es gab neben den Kritikerinnen auch UnterstützerInnen. Und ich muss sagen, dass ich die ganze Zeit als Personalrätin und auch als Referatsleiterin in Berlin und später in Frankfurt immer sehr viel Zuspruch erfahren hab. Ich hatte eigentlich immer das Gefühl, dass das, was ich tue, auf breite Zustimmung stößt.

*Aber die Erfolge der letzten Jahre in der Tarifpolitik waren doch nicht so berauschend, oder? Hat das nicht etwas den Spaß gemindert?*

Da kommt es drauf an, wie man draufschaut. Die GEW hat bis 2005 auf Bundesebene gar nichts für die angestellten Lehrkräfte getan. In den acht Jahren, die ich auf der Bundesebene dabei war, gab es dann aber eine Reihe von tarifpolitischen Erfolgen. Nur ein Beispiel: Wir haben beim Übergang vom alten BAT zum TV-L verhindert, dass die Schlechterstellung der angestellten Lehrkräfte fortgeschrieben wird. Unter dem alten BAT waren alle angestellten Lehrkräfte mit Ausnahme der Gymnasiallehrkräfte von den allgemeinen Zulagen, die alle bekamen, die unter den BAT fielen, ausgeschlossen. Wir haben erfolgreich verhindert, dass dies im neuen Tarifrecht fortgeschrieben wird. Aber auch die guten Ergebnisse bei allgemeinen Lohnerhöhungen waren in den letzten Jahren hauptsächlich den streikenden Lehrkräften zu verdanken. Leider habe ich mein Hauptziel, ein Eingruppierungstarifvertrag, nicht erreicht.

## ILSE SCHAAD

Jahrgang 1949, von 1973 bis 1978 Lehrerin (Deutsch und Englisch) in Hessen, danach in Berlin an der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule in Kreuzberg. Ab 1983 im Kreuzberger Personalrat, ab 1988 als deren Vorsitzende. Ab November 1987 Leiterin des Referates A, also des heutigen Vorstandsbereiches Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik sowie im Hauptpersonalrat und im GPR aktiv. 2005 wurde sie dann zur Leiterin dieses Bereichs auf Bundesebene gewählt. Sie ist 2013 in den Ruhestand gegangen.

*Boris Fahlbusch und Erhard Laube haben im letzten SenioRita-Interview gemeint, dass sich die GEW immer die Erfolge kleinrede, weil man nicht akzeptiert, dass bei Verhandlungen Kompromisse geschlossen werden.*

Das ist richtig. Tatsächlich vergisst man in der GEW immer, dass wir nicht diktieren können, sondern verhandeln müssen. Da müssen nun mal beide Seiten nachgeben, sonst wird das nichts. Die GEW hat lange Zeit gar nicht verhandelt, hat aber umso gründlicher das von der damaligen ÖTV erzielte Ergebnis in Grund und Boden kritisiert. Das geht jetzt nicht mehr. Ich halte mir hier zugute, dass die GEW in meinen acht Jahre an Kampfkraft und Durchsetzungswillen enorm zugelegt hat.

*Aber du hast dabei ja auch auf deine Erfahrungen in Berlin zurückgreifen können: Angleichung Ost an West, Verhandlungen mit dem damaligen Schulsenator Klemann bezüglich der Unterstufenlehrkräfte, aber auch der anderen Angleichungen an die West-Verhältnisse. Dass die Unterstufenlehrkräfte nach A12 gekommen sind, war kein kleiner Erfolg!*

Das stimmt! Das war der Erfolg der GEW, weil wir klare Ziele vor Augen gehabt haben. Da habe ich mich mit Erhard Laube sehr gut ergänzt. Wir haben gemeinsam viele Vereinbarungen mit dem Senat geschlossen und letztendlich die Jobs der tausend Fristverträgler gerettet – übrigens mit einer gut überlegten Strategie. Nirgends waren die Unterschiede Ost-West so deutlich wie in Berlin, deshalb war es hier auch am dringendsten, schnelle Lösungen zu suchen – und zu finden. Das hat übrigens die Bundes-GEW damals leider versäumt, die hätten 1992 offensiver einen Tarifvertrag für angestellte Lehrkräfte durchsetzen müssen, dann hätten wir heute einige Probleme weniger. Das war aus meiner Sicht der größte tarifpolitische Fehler, den die GEW gemacht hat.

*Wie war das überhaupt, dieser Sprung vom Landesverband auf die Bundesebene?*

Erst auf der Bundesebene sieht man, dass es nicht so einfach ist, mit den konvergierenden Interessen der Landesverbände umzugehen. Der Bund ist ja relativ machtlos, was mir vorher nie so klar war. In der Tarifpolitik ist zwar der Bund zuständig, aber wenn ein Landesverband nicht richtig mitzieht, klappt eben alles nicht. Mir hat außerdem der direkte Kontakt zu den KollegInnen gefehlt. Ich war ja bis 1995 noch in der Schule, da ist man dann immer nah dran. In den acht Jahren auf Bundesebene habe ich eigentlich immer nur gearbeitet oder im Zug gesessen. Also wenn man nicht davon überzeugt ist, dass das, was man macht, ungeheuer wichtig ist, und man selbst das ungeheuer gut macht, dann hält man den Job wohl nicht durch.

*Und wie schätzt du die aktuelle GEW-Tarifpolitik ein?*

Ehrlich gesagt bekomme ich davon gar nicht mehr viel mit. Seit ich nicht mehr im Hauptvorstand bin, bekomme ich nicht mehr Informationen als ein normales Mitglied. Das ist eigentlich ein bisschen schade. In einigen Punkten glaube ich, dass da alter Wein in neuen Schläuchen fließt. Wir werden sehen. Ich bin allerdings nur mäßig optimistisch.

*Was machst du eigentlich nach all den Jahren unter Hochspannung. Was macht die Powerfrau im Ruhestand?*

Na ja, jetzt kümmere ich mich wieder mehr um alte Freunde, die ich die letzten Jahre vernachlässigt habe. Ganz davon abgesehen, dass ich jetzt auch mal ein Buch zu Ende lesen kann. Und dann habe ich ein neues, altes Hobby. Ich habe nach der Schule mal eine Schneiderlehre angefangen. Die habe ich zwar wieder abgebrochen, aber seitdem kann ich ganz gut nähen, stricken und häkeln. Das mache ich jetzt relativ viel – und es gibt eine gute Nachfrage nach meinen Sachen. Nicht nur bei meinen Kindern und meinem Enkel, auch andere Anfragen kommen. Diese handwerklich-kreative Arbeit macht mir Spaß. Ein bisschen GEW-Politik mache ich aber auch noch: Ich bin jetzt LDV-Delegierte und auch Revisorin. Außerdem habe ich im letzten Jahr dreimal Urlaub gemacht. Ich meiner gesamten GEW-Zeit bin ich nur zweimal Dazu gekommen, man sieht also: ein Fortschritt.

*Das ist ein schöner Ausklang: Ilse, wir danken dir für das Gespräch!*

# Führerschein abgeben mit 75?

## Das muss nicht sein – aber es kann auch nötig werden

*vom Fachbereich Seniorenpolitik der GEW Baden-Württemberg*

Inzwischen ist es eine Binsenweisheit: Es gibt immer mehr ältere Menschen. Damit gibt es aber auch immer mehr Ältere, die Auto fahren. Die Unfallstatistiker haben festgestellt, dass Autofahrer und -fahrerinnen bis zu einem Alter von 75 Jahren als Unfallverursacher nicht besonders auffallen. Erst bei den über 75Jährigen steigt die Gefahr deutlich an: Bei den Unfällen, in die Menschen dieser Altersgruppe verwickelt sind, sind sie meistens auch die Verursacher.

Dafür gibt es verschiedene Gründe. Unter anderem spielt das abnehmende Sehvermögen eine Rolle. Oft merken ältere Menschen selbst nicht, dass sie nicht mehr so gut sehen. Oder, und das ist ein Skandal, sie können sich eine neue Brille schlicht nicht leisten. Oft ist auch das Gesichtsfeld eingeschränkt, weil die Beweglichkeit, besonders des Nackens oder der Schulter, nachgelassen hat. Manche älteren Autofahrer unterschätzen auch die Wirkung von Medikamenten auf die Fahrtüchtigkeit. Überhaupt lässt ja das Reaktionsvermögen mit zunehmendem Alter nach, man verarbeitet Informationen langsamer. Wenn man dann in eine Situation gerät, in der viele Dinge gleichzeitig beachtet werden müssen, kann es zu Fehlleistungen kommen.

### Kein Grund zur Resignation

Soll man also mit 75 seinen Führerschein abgeben und aufs Autofahren verzichten? Das wäre sicher nicht die richtige Lösung, zumal wir Älteren uns Fähigkeiten erworben haben, die uns beim Autofahren auch wieder helfen. Die meisten von uns fahren defensiv, wir rechnen mit den Fehlern der anderen. Wir fahren mit größerem Abstand und fahren langsamer. Unfälle, die von Älteren verursacht werden, treten deshalb auch seltener in Verbindung mit Alkohol auf, typische Fehler der 18- bis 25Jährigen. Oft sind unsere Autos auch in einem besseren Zustand als die der jungen, die ihre Wagen aus dritter oder vierter Hand kaufen und sie auch nicht immer zur Reparatur oder zur Inspektion in die Werkstatt bringen.

Diese Tatsachen sind Pfunde, mit denen wir wuchern können. Gegen mangelnde Sehkraft hilft schon eine neue Brille. Gegen die Nervosität in komplexen Situationen hilft ein Trainingsprogramm, wie es vom Institut für Arbeitsforschung der Technischen Universität Dortmund entwickelt wurde. Dabei werden beim Fahren auf einer ausgewählten Strecke die Defizite festgestellt. Anschließend wird der Fahrer mit einem auf ihn und seine Defizite abgestimmten Programm trainiert. Die Ergebnisse sind ermutigend: Selbst schlechte Autofahrer konnten so wieder zu guten Wagenlenkern werden. Leider wird ein solches Training noch nicht überall angeboten. Da man aber mit so einfachen Mitteln Unfälle verhindern kann, die Menschenleben kosten (können) oder zumindest schlimme Verletzungen zur Folge haben, wäre es wünschenswert, dass jeder (und nicht nur Ältere) dazu Zugang haben kann.

### Es gibt eine Ausnahme

Allerdings: Es kann auch geschehen, dass neben den ‚normalen" altersbedingten Erschwerungen, die man ausgleichen kann, schwerer wiegende Probleme auftreten: Lassen die geistigen oder körperlichen Kräfte oder Fähigkeiten so nach, dass es unverantwortbar wäre, weiterhin selbstständig ein Fahrzeug zu führen, dann sollte man Einsicht zeigen. Wir sollten dann auch auf den Rat anderer hören. Die Fähigkeit zur Selbstkritik ist bekanntlich eine der schwierigsten Tugenden. Aber hier geht es nicht nur ums eigene Leben, sondern auch um die Gesundheit und das Leben anderer.

*Aus: Aktiver Ruhestand, GEW Baden- Württemberg Nr. 1/2013*

Besuch im SeniorInnenheim: Grundschulkinder als Reporter unterwegs. In Wort und Bild werden die Antworten der SeniorInnen festgehalten.

FOTO: BERT BUTZKE

## LEITLINIEN DER BERLINER SENIORENPOLITIK

Der Senat hat die von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales vorgelegten 'Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik' am 20. August 2013 beschlossen. Gemäß Senatsbeschluss sind alle Senatsverwaltungen beauftragt, die Leitlinien in eigener Zuständigkeit umzusetzen und inhaltlich weiterzuentwickeln. Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales hat hierzu eine ressortübergreifende Facharbeitsgruppe unter Beteiligung des Landesseniorenbeirates Berlin (LSBB) einberufen, die sich intensiv an diesem Entwicklungsprozess beteiligt und die Umsetzung der Leitlinien überwacht. Die 17 Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik:

1. Politische Partizipation
2. Gleichstellung im Alter
3. Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen stärken
4. Wohnen im Alter
5. Verkehr und Mobilität im Alter
6. Verbraucherschutz für ältere Menschen
7. Verhinderung von Altersdiskriminierung
8. Ältere Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen
9. Lebenslanges Lernen
10. Altersgerechte Arbeit
11. Teilhabe an Kultur in der Stadt
12. Sport und Bewegung älterer Menschen
13. Ältere Migrantinnen und Migranten
14. Die Gesundheit älter werdender Menschen
15. Pflege im Alter
16. Hospiz- und Palliativangebote
17. Altersarmut / Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabechancen in Berlin

Die Broschüre mit den Leitlinie ist zu finden unter: www.berlin.de/sen/soziales/themen/seniorinnen-und-senioren/leitlinien-seniorenpolitik

## SPORT IM ALTER KANN GEISTIGE FITNESS STIMULIEREN

Sport im Alter kann die Hirndurchblutung und bestimmte Gedächtnisleistungen verbessern. Das haben Magdeburger Neurowissenschaftler in einer Studie mit Frauen und Männern im Alter zwischen 60 und 77 Jahren herausgefunden. Dabei zeigte sich ein Trend: Bei jüngeren Probanden hatte regelmäßiges Laufbandtraining die Tendenz, die Hirndurchblutung und das visuelle Gedächtnis zu verbessern. Indessen konnten Versuchsteilnehmer, die älter waren als 70 Jahre, von den Laufübungen nicht profitieren. Die Studie belegt somit auch, dass der Alterungsprozess die Wirkung des Trainings zu begrenzen scheint. Forscher des DZNE, der Universität Magdeburg und des Leibniz-Instituts für Neurobiologie Magdeburg präsentieren diese Ergebnisse in der aktuellen Ausgabe der Fachzeitschrift »Molecular Psychiatry«.

## SENIORINNENTAG IM FEBRUAR

Zwei ganze Tage mit vollem Programm. In den Winterferien 2015 ist es wieder soweit: Der SeniorInnentag des LandesseniorInnenauschusses findet wieder statt. Weil aber der erste SeniorInnentag 2011 so stark nachgefragt war, dass wir ihn in den Winterferien 2012 wiederholen mussten, haben wir dieses Mal aus einem Tag gleich zwei Tage gemacht, auch um der drangvollen Enge in den Räumen des GEW-Hauses zu entgehen. Das Programm ist an beiden Tagen identisch. Eine Teilnahme ist wegen der großen Nachfrage aber nur an einem Tag möglich. Der SeniorInnentag findet statt **am Mittwoch, dem 4. und am Donnerstag, dem 5. Februar 2015.** An beiden Tagen wird es zuerst eine Podiumsdiskussion zur Umsetzung von seniorenpolitischen Forderungen geben. Vor einem mittäglichen Imbiss singt dann noch der GEW-Chor. Am Nachmittag ab 13 Uhr hat dann jede TeilnehmerIn die Möglichkeit, an zwei Workshops teilzunehmen. Die Themen der Workshops sind breit gestreut: Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht, Sicherheit im Alter, PC-Sicherheit beim Onlinebanking, internationale Friedenspolitik, Konzepte zum Wohnen im Alter und eine Autorinnenlesung. Die Veranstaltungen enden jeweils gegen 17 Uhr, zwischendurch steht Kaffee bereit.

Die Einladungen sind sicher gerade in den Briefkästen der GEW-Seniorinnen angekommen. Nun muss man nur noch entscheiden, welcher Tag am besten passt und welche zwei Workshops am meisten interessieren. Und nicht vergessen: Die Anmeldung mit den Entscheidungen, an welchem Tag man kommen und welchen Workshops man besuchen will, müssen bis zum 12 Januar hier sein. Entweder die Antwortkarte der Einladung herschicken oder herfaxen (030 21 99 93 50) oder per Mail an info@gew-berlin.de schreiben. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.

Vorstandsteam des LandesseniorInnenausschusses

# Die Gewalt ohne Grund

## Warum werden Schüler zu Tätern? WissenschaftlerInnen der Freien Universität untersuchen Taten und Biografien von Amokläufern

*von Sven Lebort,* fundiert-*Redaktion an der Freien Universität Berlin*

Mit der Einweihung einer Gedenkstätte und einer abendlichen Lichterkette gedenkt die Stadt Winnenden bei Stuttgart im März 2014 der Opfer des Amoklaufs: Am 11. März 2009 hatte der 17-jährige Tim K. an der Albertville-Realschule in Winnenden neun SchülerInnen und drei Lehrerinnen erschossen.

FOTO: IMAGO/EPD

Wann immer von einem Schulamoklauf die Rede ist, entstehen im Kopf die gleichen Bilder vom Täter: Ein junger Mann, der vorher als unauffällig bis zurückgezogen galt. Ein Einzelgänger und vielleicht das Opfer von Hänseleien oder empfundener Ungerechtigkeit durch LehrerInnen, der irgendwann und scheinbar ohne Vorwarnung explodiert. Das ist nicht ganz falsch, aber auch nicht ganz richtig. Es ist das medial vermittelte Bild – das Bild jener Amokläufe, die besonders grausam waren, besonders viele Opfer forderten, besonders schrecklich und unerklärlich blieben. Doch es ist womöglich nur ein Ausschnitt, ein journalistisch gestalteter, der selbst möglicherweise die Taten künftiger Schulamokläufer formt.

Wer die Täter wirklich sind, was sie zu Tätern macht und welche Rolle bestimmte Wendepunkte in ihrem Leben dabei spielen, das erforschen zurzeit WissenschaftlerInnen aus Berlin, Gießen, Bielefeld, Konstanz, Münster und Darmstadt im Projekt »TARGET« (www.target-projekt.de). Der Name steht für »Tat- und Fallanalysen hochexpressiver zielgerichteter Gewalt«. Die Zusammenarbeit des interdisziplinären Forschungsverbundes wird von Herbert Scheithauer koordiniert, Professor für Entwicklungspsychologie und Klinische Psychologie an der Freien Universität. Mit knapp 3,3 Millionen Euro fördert das Bundesforschungsministerium den Projektverbund für drei Jahre. An der Freien Universität koordiniert der Soziologe Vincenz Leuschner die Arbeitsgruppe.

Im Rahmen des Projektes wollen die WissenschaftlerInnen alle bisherigen Fälle von Schulamokläufen in Deutschland analysieren, um in Zukunft ähnlichen Gewalttaten besser vorbeugen zu können. Oder auch bei möglichen Interventionen künftig empirisch-begründete Empfehlungen geben zu können. Keine einfache Aufgabe, denn Schulamokläufe sind extrem selten. Weltweit dokumentiert die Forschung nur ungefähr 160 Fälle. In all diesen Fällen lassen sich spezielle Faktoren finden, die den Weg zur Tat erklären können, ihn oft sogar rekonstruierbar machen. Doch diese Faktoren sind so allgegenwärtig in der Gesellschaft – erhöhte Kränkungsbereitschaft, männliches Geschlecht, Mittelschichtfamilie, leichter Narzissmus, Mobbing-Opfer –, dass sie selbst in Kombination auf unzählige Personen zutreffen würden. Trotzdem gibt es nur wenige Taten. Die zentrale Frage für Herbert Scheithauer und seine KollegInnen ist daher, ob es so etwas wie ein Merkmalsmuster gibt, mit dem man mögliche Täter besser bestimmen kann.

Nach derzeitigem Stand der Forschung ist das unrealistisch. »Es gibt nicht den einen Faktor, der die Tat erklärt«, sagt Vincenz Leuschner. Einer der besten Indikatoren, der bislang bekannt ist, ist ein grundlegender Wandel in einem Jugendlichen, der von einem Tag auf den anderen geschieht. So äußerte sich ein Täter plötzlich nur noch auf Englisch, ein anderer kam plötzlich in Tarnkleidung in die Schule. Solche Alarmsignale müssten LehrerInnen und MitschülerInnen sehr ernst nehmen und sofort eingreifen.

### Fünf entscheidende Wendepunkte

Auch bei anderen, bekannten Risikofaktoren ist ein aufmerksames Umfeld gefordert. Etwa wenn ein Schüler in der

Schule oder dem Schulumfeld das Gefühl hat, seinen Status zu verlieren – sei es, weil er von anderen SchülerInnen gemobbt, aus einer Clique ausgeschlossen, vom Lehrer vermeintlich ungerecht behandelt oder »romantisch zurückgewiesen« wird, wie Herbert Scheithauer sagt. Hinzukommen müssten aber bestimmte Faktoren in der Person des späteren Täters, zum Beispiel ein niedriges Selbstwertgefühl, große Verletzlichkeit, Bindungsschwierigkeiten oder gar psychische Störungen. Doch das alles trifft immer noch auf viel zu viele Menschen zu, die trotzdem nicht zu Tätern werden.

Die Berliner ForscherInnen haben deshalb ein erstes Modell entwickelt. Damit versuchen sie, anhand von fünf entscheidenden Wendepunkten schematisch die nötigen Faktoren und den Weg zu einer Tat aufzuzeigen. Das Modell soll demnächst empirisch geprüft werden. Diesem Modell zufolge sind die verschiedenen Risikofaktoren quasi die Ausgangsbedingung. Weitere Stufen können zur Eskalation führen: Halten die Belastungen in der Schule an und ändert sich auf Seiten des Charakters nichts, gerät der Schüler in eine Krise, in der erste Reaktionen wie Kränkung oder Beschämung durch Wut und Rachegedanken abgelöst werden. Ist der Schüler nach dieser ersten Phase nicht in der Lage, diese Gefühle und Gedanken zu verarbeiten, entwickelt er in einer zweiten Phase erste Tatideen. Er sucht alternative Lösungen, nachdem er die Kränkung nicht selbst psychologisch bewältigen kann. Bereits geschehene Amokläufe an Schulen dienen dann oft als Blaupause. Mit diesen oder anderen bekannt gewordenen Gewalttätern kann sich der Schüler identifizieren.

Solche Tatphantasien bringen ihn dem wissenschaftlichen Modell zufolge aus einer Rolle der Ohnmacht zurück in eine – wenn auch zunächst imaginäre – Machtposition. Genügt das nicht mehr und hält der Stress an, geht er in einer dritten Phase zu einer Neudefinition des eigenen Selbst über, wie die ForscherInnen vermuten. Die Gewaltphantasien beginnen dann, die Realität zu überlagern.

## VORANKÜNDIGUNG

Demnächst erscheint die Monographie Scheithauer, H., Leuschner, V. & NETWASS Research Group (2014). Krisenprävention in der Schule. Das NETWASS-Krisenpräventionsverfahren zur frühen Prävention schwerer Schulgewalt. Stuttgart: Verlag Kohlhammer.

Mancher Täter entwickelt einen regelrechten Größenwahn und deutet seine Rolle um – vom Opfer zum Rächer. Dies, sagt Scheithauer, sei oft der Punkt, an dem Angehörige oder MitschülerInnen aufmerksam würden: Die neue Rolle geht häufig mit einem weiteren Wandel, etwa des Verhaltens, einher.

Nach einer solchen Neudefinition lässt sich der Einstieg in Tatplanungen beobachten. Was vorher nur Gedankenspiel war, wird nun Teil der Realität. Der Täter schreibt »Todeslisten«, sucht Tatorte aus und überlegt sich konkrete Ablaufpläne. Manchmal brüstet er sich auch im Vorfeld und kündigt seine Tat an, was sich später als fatal herausstellen kann. Denn bei einer erneuten Kränkung steht er nun im Wort und kann sich nicht mehr ohne Gesichtsverlust von seinen Plänen zurückziehen, betont Vincenz Leuschner. Um von diesem Stadium zur konkreten Tatvorbereitung zu schreiten, braucht es laut den ForscherInnen nun noch einen Auslöser, ein erneutes traumatisches Erlebnis.

»Das kann etwas ganz Kleines sein«, sagt Herbert Scheithauer, »ein ausgrenzender Kommentar eines Mitschülers, eine gefühlte Ungerechtigkeit durch einen Lehrer, eine Nichtbeachtung durch ein Mädchen, in das der Schüler verliebt ist«. Im Kopf des Täters gewinnt solch eine alltägliche Kränkung, die andere schulterzuckend abtun können, eine überdimensionale Bedeutung. In der Beschreibung der ForscherInnen wechselt er dann zur Tatvorbereitung. Der Betroffene beschafft sich Waffen, schreibt Abschieds- oder Erklärungsbriefe oder dreht Videos, auf denen er seine Motive darlegt. Doch selbst dann müssen noch einmal sehr viele ungünstige Faktoren zusammenkommen, damit die Tat wirklich ausgeführt wird. Schließlich beschreiben die ForscherInnen den Punkt, wenn ein möglicher Täter eine Schwelle überwindet, die sie »Konfrontationsanspannung« nennen.

Denn eine Tat minutiös zu planen, sie sich immer und immer wieder vorzustellen, um die ursprüngliche Kränkung zu mildern, ist das eine. Einem Menschen in die Augen zu schauen und ihn tatsächlich zu töten, etwas ganz anderes. Viele Täter, sagt Vincenz Leuschner, schotteten sich daher von der Umwelt ab. Auf dem Weg zur Tat trügen sie Masken, Sonnenbrillen, Ohrstöpsel oder Kopfhörer mit lauter Musik. Trotzdem kann sich noch in der konkreten Tatsituation entscheiden, wie die Tat verläuft oder ob sie umgesetzt wird. »Jeder Fall ist einzigartig, das macht die Forschung so schwer«, sagt Herbert Scheithauer. Das Modell der Forscher ist wie ein Filter: Mit fortschreitenden Phasen trifft es auf immer weniger SchülerInnen zu. Während psychische Schwierigkeiten und Ausgrenzungserfahrungen noch auf sehr viele Jugendliche zutreffen, ist die Zahl derjenigen, die in eine Krise geraten, sehr viel geringer. Konkrete Tatideen entwickeln noch weniger Jugendliche und eine Neudefinition der Persönlichkeit ist bereits ein sehr seltenes Ereignis. Konkrete Tatplanungen sind in den seltensten Fällen zu beobachten. Und die Wahrscheinlichkeit, dass diese tatsächlich umgesetzt werden, ist letztlich verschwindend gering. (Siehe Grafik auf der nächsten Seite).

Mit diesem Modell lässt sich schon viel erklären, doch Herbert Scheithauer betont stets, dass die Forschung noch ganz am Anfang stehe. Streng genommen gebe es noch nicht einmal eine in-

ANZEIGE

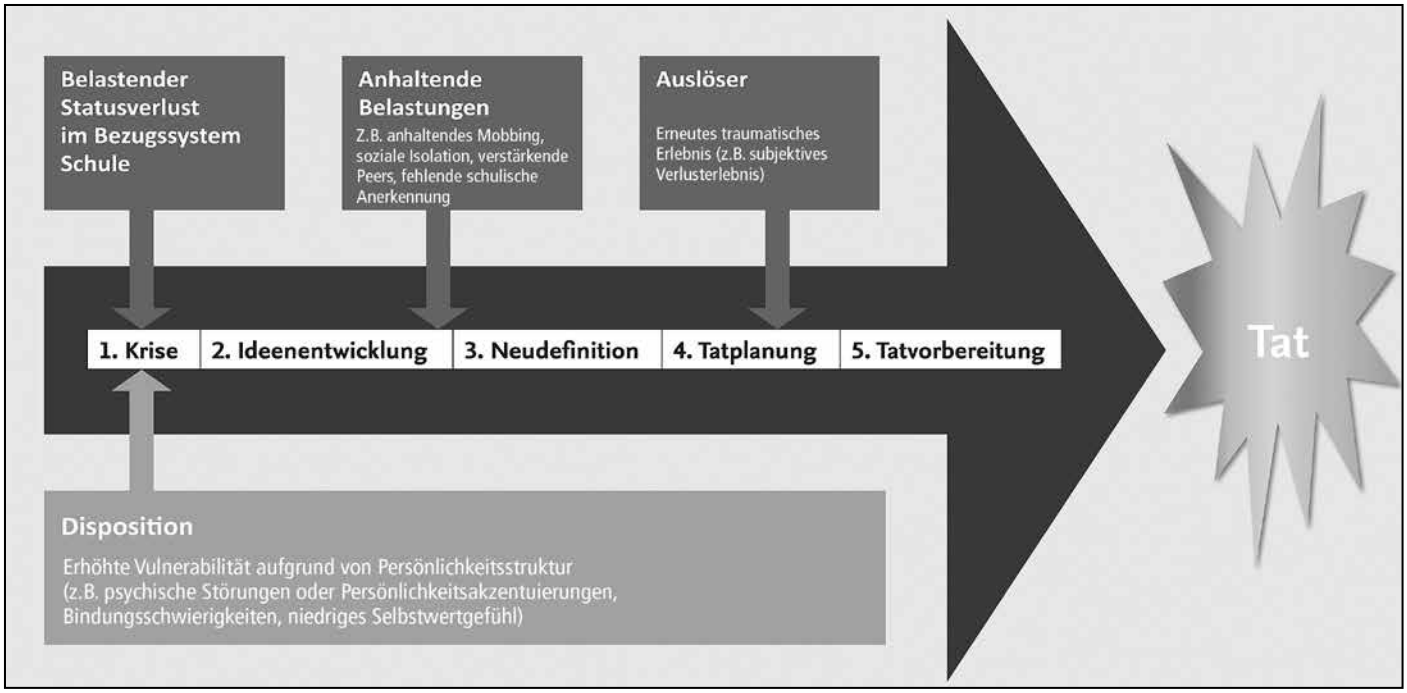
GRIPS

Supergute Tage

oder Die sonderbare Welt des Christopher Boone

nach dem Roman »The Curious Incident of the Dog in the Night-Time« von Mark Haddon
Bühnenfassung von Simon Stephens | ab 8. Klasse
Vorstellungen im Dezember: 10., 18.00 Uhr | 11. und 12., 11.00 Uhr

GRIPS Hansaplatz Altonaer Straße 22, Berlin | U9 Hansaplatz | S Bellevue | 030-39 74 74-77 | grips-theater.de




Modell einer krisenhaften Entwicklung hin zu schwerer Schulgewalt

GRAFIK: HERBERT SCHEITHAUER/VINCENT LEUSCHNER

ternational einheitliche Definition dafür, ab wann ein Vorfall als Schulamoklauf gelte. Doch von dieser Definition hängt viel ab, zum Beispiel auch die Geschlechterverteilung. Klar ist, dass junge Männer weitaus häufiger unter den Tätern zu finden sind, ein Phänomen, das sich zwar auch allgemein in den Zahlen zur Jugendkriminalität niederschlägt: Frauen kommen darin auf einen Anteil von unter fünf Prozent. Doch diese Zahlen unterlägen auch gewissen Vorbehalten, sagt Scheithauer. Je nach Definition des Begriffs »Schulamoklauf« könnten zum Beispiel Frauen, die das Schulessen vergiften, völlig aus der Statistik herausfallen.

## Frauen werden seltener angezeigt

Scheithauer verweist auf Auswertungen, die belegen, dass Straftaten, die von einer Frau begangen wurden, seltener zur Anzeige gebracht werden als bei männlichen Tätern. Und dass Gerichte Frauen für gleiche Taten häufiger freisprechen oder milder bestrafen als Männer. Auch gibt es Phänomene, die zwar empirisch leidlich belegt, aber noch nicht vollständig verstanden sind, etwa die Häufung von jungen Männern aus der Mittelschicht unter den Schulamokläufern. Das Gros der Jugendgewalt wird nämlich von Männern aus den unteren sozialen Schichten begangen. Wie sich das erklären lässt? Der Leistungsdruck in der Mittelschicht sei wesentlich höher, vermutet Vincenz Leuschner.

Gleichzeitig würden auch dort soziale Kompetenzen wie der Umgang mit Scham im Elternhaus nicht mehr gelehrt. Das Gefühl empfinden und auch verarbeiten zu können sei aber eine wichtige Vorbeugung. Wenn ein Schüler beginne, sich für die Scham zu schämen, gelange er in einen Teufelskreis aus angestauter Verletztheit, der sich möglicherweise in radikalen Wutausbrüchen entlädt. Doch für solche Theorien gebe es bislang nur Hinweise und für ihre Plausibilität keine Belege. Sicher ist hingegen, dass kulturelle Unterschiede zwischen Schulamokläufen existieren. So haben die Berliner Forscher etwa im Berliner Leaking-Projekt 2006 herausgefunden, dass sich bei Fällen von Schulamokläufen in den USA die Gewalt stärker gegen MitschülerInnen richtete, wohingegen in Deutschland deutlich häufiger LehrerInnen Opfer der Amokläufer wurden. Auch hier sind die ForscherInnen von einer Antwort auf das Warum noch weit entfernt, auch wenn sich »einige Hypothesen aufdrängen«, wie Leuschner andeutet.

Vermutlich, sagt der Soziologe, werde man die Taten nie vollständig verstehen können. Schließlich verlasse selbst die Forscher manchmal schlicht das Verständnis, wie aus einer Summe kleiner Ursachen eine so unvorstellbare Tat erwachse – und das nur in wenigen Menschen, die sich offenkundig kaum erkennbar von anderen unterscheiden, die nie zum Amokläufer werden. Alle bisher gefundenen Faktoren könnten ja immer nur rückblickend betrachtet werden. Das mache sie hochinterpretativ, ergänzt Herbert Scheithauer. »Was für uns ein Wendepunkt ist, auch im privaten Leben, kann ein Konstrukt sein. Wir erinnern uns und denken: Dieses oder jenes Ereignis hat mich verändert.« Ob der Wendepunkt aber nicht vielmehr ein langsamer Prozess war, lässt sich kaum mit Sicherheit feststellen. Schließlich sei es ein bekanntes Phänomen, dass Täter angesichts von Gerichtsverfahren, Gutachten und Therapien ihre Aussagen zu eigenen Gunsten veränderten. Bisweilen fehlt den Forschern dieser letzte Punkt für ihre Analyse ohnehin vollständig: Viele Täter überleben die Tat nicht. Und die Ergebnisse sogenannter psychologischer Autopsien, in denen Beweggründe rekonstruiert werden, gelten als eingeschränkt aussagekräftig. Fest steht für Herbert Scheithauer in diesem Zusammenhang nur: »Was für einen eine Lösungsstrategie ist, beendet für andere das Leben. Bei Amokläufen gibt es eigentlich nur Opfer.« ■

*Aus: fundiert, Wissenschaftsmagazin der Freien Universität Berlin, Nr, 2/2014. Wir danken für die Nachdruckgenehmigung.*

# Lobbyistenkomödie mit Evergreens

## Extra für GEW-Mitglieder: Das Stück »Stille Macht« der Berliner Compagnie

*von der Kultur-AG*

Die GEW BERLIN bietet für ihre Mitglieder – wie in den vergangenen Jahren – eine Sondervorstellung der Berliner Compagnie an. Das Stück »Stille Macht« greift aktuelle politische Themen auf: das drohende Freihandelsabkommen und den deutschen Rüstungsexport.

Eine kleine Einführung: Eine Lobbyistenkomödie mit Evergreens und Schmachtfetzen. Die Mitarbeiter der Lobbyagentur UTTERLY & QUIET Brüssel/Berlin haben's generell nicht leicht. Keiner mag sie. Schließlich heißt »für die Besitzenden denken« gegen die Besitzlosen denken. Aber jetzt: neuer Rüstungsexport-Skandal! Und wieder mal steht die Agroindustrie am Pranger! Da gilt es, Nerven zu behalten. Da braucht es Fantasie, einen kühnen Kopf und eine biegsame Moral. Aber auch wenn der Chef mit seiner Raucherlunge auf der Intensivstation liegt, und die junge, ehrgeizige Estelle sich als seine Stellvertreterin im Team erst durchsetzen muss – unsere Profis zeigen Klasse. Sie wollen ein Ziel durchsetzen, das sehr unpopulär ist und für das Sie keine Mehrheiten bekommen? Verpacken Sie Ihr Projekt in ein Freihandelsabkommen!

In der jüngsten Produktion der Berliner Theatermacher jedenfalls wird Stress immer wieder ganz locker abgebaut. Es wird gesungen, es wird getanzt. Und es gibt einiges zu lachen. (»Da saß jedes Wort«, *Marbacher Zeitung* am 24. September 2014; »eine spannende Darstellung«, *Grenzecho Eupen* am 25. September 2014; »unbedingt empfehlenswert«, *LobbyControl Berlin* am 19.09.2014)

*Am **28. Januar 2015 um 19.30 Uhr** in den Räumen der Berliner Compagnie in der Muskauer Str. 20a in 10997 Berlin-Kreuzberg.*
*Die Eintrittskarten für 10 Euro können im GEW-Haus bestellt werden: info@gew-berlin.de oder Fax 21 99 93 50*

FOTO: IDA HENSCHEL

## GEPLANTE TITELTHEMEN 2015

| Ausgabe | Artikel zusenden bis zum | Titel |
|---|---|---|
| Januar | 28. November | Schulpsychologie |
| Februar | 02. Januar | »Geflüchtete in Berlin« (Flüchtlinge, Willkommensklassen) |
| März | 23. Januar | »Gute Arbeit für und von Frauen« |
| April/Mai | 27. Februar | »Investition in Inklusion – bleibt's eine Illusion?« |
| Juni | 30. April | »Gute Bildung den ganzen Tag: Bessere Arbeitsbedingungen für ErzieherInnen« |
| Juli/August | 29. Mai | »Quereinstieg als Schwereinstieg« |
| September | 20. Juni | Soziale Arbeit |
| Oktober | 04. September | Hochschule |
| November | 02. Oktober | Berufsbildung |
| Dezember | 30. Oktober | »Privatisierung der Bildung« |
| Januar 2016 | 27. November | Ergebnisse der Reform der Lehrkräfteausbildung |

# Frau Müller muss weg

## Voraufführung für GEW-Mitglieder am 11. Januar 2015

*von der Kultur-AG*

Der Film zum preisgekrönten Theaterstück von Lutz Hübner und Sarah Nemitz. Frau Müller muss weg! Soviel steht fest, als sich eine Gesandtschaft besorgter Eltern zu einem außerplanmäßigen Termin mit der Klassenlehrerin Frau Müller (Gabriela Maria Schmeide) zusammenfindet. Weil die Noten schlecht sind und am Schuljahresende die Entscheidung fällt, ob die Kinder den Sprung aufs Gymnasium schaffen, sind die Eltern (Justus von Dohnányi, Anke Engelke, Ken Duken, Mina Tander, Alwara Höfels) fest entschlossen, mit der Absetzung der Lehrerin zu retten, was noch zu retten ist – koste es, was es wolle! Doch Frau Müller spielt nicht mit. Mit einem Mal brechen bei den doch so perfekten Müttern und Vätern alle Vorbehalte und Ressentiments, Zweifel und Sorgen, Gehässigkeiten und Ängste hervor. Die wahre Schlacht, die beginnt jetzt...

Im Stil eines Kammerspiels legt die bitterböse Geschichte den Finger in die Wunde von Reizthemen wie Schulsystem und Erfolgsdruck. Nachdem Sönke Wortmann das Theaterstück 2012 bereits erfolgreich am GRIPS Theater in Berlin inszeniert hatte, übernahm der mehrfach ausgezeichnete Filmemacher auch die Regie der Kinofilmfassung. Für die Verfilmung von *Frau Müller muss weg* versammelte er einen hochkarätigen Cast vor der Kamera und setzte nach *Das Wunder von Bern* und *Die Päpstin* seine Zusammenarbeit mit dem Kameramann Tom Fährmann fort. Gemeinsam mit Lutz Hübner, Sarah Nemitz und Oliver Ziegenbalg verfasste Wortmann auch das Drehbuch.

Der Film starte in den Kinos am 15. Januar 2015. Wir zeigen ihn in einer Voraufführung am **11. Januar** um **11 Uhr** im Kant-Kino. Kinovorführungen für Schulklassen sind möglich. ■

*Website: constantin-film.de/kino/frau-mueller-muss-weg*

FOTO: VERLEIH

## Martin Oppermann

**hat sich die letzten beiden Jahre im Personalrat der LehramtsanwärterInnen engagiert, sein Referendariat diesen Sommer beendet und unterrichtet seitdem an einer Integrierten Sekundarschule in Reinickendorf. Er ist per Zufallspfeilwurf aus der Mitgliedsdatei »erwählt« worden.**

- *Was regt dich im Augenblick am meisten auf?*

Die völlig unzureichende Personalausstattung an den Berliner Schulen.

- *Drei Begriffe, die dir spontan zur GEW einfallen?*

Interessenvertretung, ArbeitnehmerInnenrechte, Mitbestimmung.

- *Was würdest du an deiner Tätigkeit am ehesten ändern?*

Die Frage solltet ihr mir am besten in 30 Jahren nochmal stellen.

- *Was wünschst du dir von deiner Gewerkschaft?*

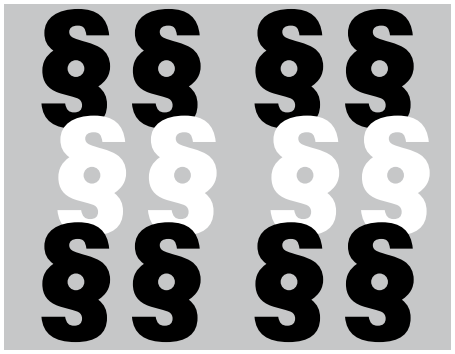
Dass sie sich für alle im Bildungsbereich Beschäftigten einsetzt, Honorarkräfte und Freiberufler gehören mit dazu!

- *Was gefällt dir an deinem Beruf?*

Ich unterrichte sehr gerne und es freut mich zu sehen, dass es KollegInnen gibt, die am Ende ihrer Berufslaufbahn noch mit Engagement und Spaß dabei sind.

- *Welches politische Amt würdest du am liebsten einen Monat lang ausüben?*

Drei Wochen Finanzsenator, um die bei der Ressourcenverteilung notwendigen Nachsteuerungen vorzunehmen. Die vierte Woche dann aber Beauftragter für Popkultur und Popdiskurs, um mich bei den schönen Dingen von den Strapazen und Anfeindungen der ersten drei Wochen zu erholen. ■



## STUDIE GESUNDHEIT VON SCHULLEITUNGEN

Als eine der ersten größeren Studien im deutschsprachigen Raum untersuchte das Team um Dr. Bea Harazd die Gesundheit von über 3.300 nordrhein-westfälischen Lehrkräften und deren Schulleitungen. Im Vergleich zeigte sich, dass Schulleitungen weniger emotional erschöpft waren und ein höheres Wohlbefinden aufwiesen. Deutlich wurde zudem, dass vor allem an Grundschulen das Wohlbefinden von Lehrkräften und Schulleitungen eng zusammenhängt. Je wohler sich die eine Gruppe fühlt, umso besser geht es auch der anderen.

In einer weiteren Studie wurden Schulleitungen aus Nordrhein-Westfalen zu Arbeitsbedingungen befragt. An dieser Studie beteiligten sich etwas mehr als 2.000 Schulleitungen. Es stellte sich dabei heraus, dass sie sich am meisten belastet fühlten durch die Menge der täglich zu bewältigenden Arbeit, die Umsetzung zahlreicher Regelungen des Ministeriums sowie die Erledigung administrativer Tätigkeiten. Kollegiale Probleme stellen demnach einen geringen Belastungsfaktor dar. Nur acht Prozent fühlen sich durch die Zusammenarbeit mit dem Kollegium belastet. Mehr als ein Fünftel der Befragten gaben ihren eigenen Gesundheitszustand als weniger gut oder schlecht an. Dabei wurden große Unterschiede zwischen den Schulformen festgestellt: Schulleitungen aus den Realschulen und den Grundschulen bezeichnen ihren Gesundheitszustand mit 27,9 und 27,6 Prozent am häufigsten als weniger gut oder schlecht. Dies trifft dagegen nur auf 17 Prozent der Leitungen von Gymnasien und Berufskollegs zu.

Auch mit Blick auf psychosomatische Ursachen für körperliche Beschwerden zeigen sich diese Schulformunterschiede. Grundschulleitungen fühlen sich stärker beansprucht und weisen das geringste Wohlbefinden auf. Auf die Frage, ob ihre Kraft bis zum Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters ausreiche, schätzte ein Drittel die Kraftreserven als ausreichend ein, mehr als 40 Prozent sind unsicher und 20 Prozent bezweifeln, dass sie ihren Beruf bis zum Pensionsalter ausüben können.

## HUNDEVERBOT AM ARBEITSPLATZ

Das LAG Düsseldorf hat entschieden, dass der Arbeitgeber auf Grundlage des Direktionsrechts berechtigt ist, einer MitarbeiterIn die Mitnahme eines Hundes in den Betrieb zu untersagen. Das Direktionsrecht umfasse auch das Ordnungsverhalten im Betrieb, also das betriebliche Zusammenwirken und Zusammenleben. Das Gericht stellt fest: Bei der Ausübung des Weisungsrechtes sind die wesentlichen Umstände des Falles abzuwägen und die beiderseitigen Interessen angemessen zu berücksichtigen. Auch wenn andere Beschäftigte einen Hund mitbringen dürfen, kommt ein Verbot in Betracht, wenn der konkrete Hund die betrieblichen Abläufe stört. Das ist jedenfalls dann der Fall, wenn sich KollegInnen vor dem Hund fürchten. Auf die objektive Gefährlichkeit kommt es dabei nicht an. *LAG Düsseldorf, 24. März 2014 – 9 Sa 1207/13*

## TEILZEITBESCHÄFTIGTE WERDEN GLEICHGESTELLT

Seit Jahren erhalten Teilzeitbeschäftigte (TZ), die an einer Jahresweiterbildung teilnehmen, nur eine anteilige Stundenreduzierung im Rahmen ihrer Unterrichtsverpflichtung. Während Lehrkräfte mit einer vollen Stelle (VZ) beispielsweise drei Ermäßigungsstunden für eine Weiterbildung bekommen, gibt es für die Teilzeit-KollegInnen dagegen nur eine oder zwei Stunden. Die Frauenvertreterinnen der Region Tempelhof-Schöneberg haben dagegen protestiert: Wenn TZ-Kräfte keine volle Stundenermäßigung bei der Jahresweiterbildung erhalten, werden sie eindeutig benachteiligt. Diese Benachteiligung trifft besonders Frauen, denn in Berlin sind über 80 Prozent der Teilzeitbeschäftigten Frauen. Die Gesamtfrauenvertretung hat dies aufgegriffen und ebenfalls beanstandet, dass Teilzeit- und Vollzeit-Beschäftigte unterschiedlich entlastet werden, obwohl sie den gleichen zeitlichen Aufwand für eine Weiterbildung haben. Die Beanstandung war erfolgreich. Künftig erhalten auch Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigte die gleiche Ermäßigung.

## WECHSEL VON EINER PRIVATSCHULE IN EINE ÖFFENTLICHE SCHULE

Ein Schüler, der bis zur 12. Klasse den Unterricht an einer nicht staatlich anerkannten Schule absolviert hat, kann nur dann in die 13. Klasse einer öffentlichen Schule aufgenommen werden, wenn Teile seines bisherigen Schulbesuchs auf den Besuch der gymnasialen Oberstufe angerechnet werden können. Das Verwaltungsgericht Berlin bestätigte die Ablehnung eines Schülers, der in die 13. Klasse einer öffentlichen Schule wechseln wollte, nachdem die Schulaufsicht der von ihm besuchten Schule wiederholt die staatliche Anerkennung für die Sekundarstufe II versagt hatte. Er habe nicht nachweisen können, dass er die zweite Fremdsprache Französisch über die erforderliche Dauer erhalten habe. Die bei den wiederholt durchgeführten Schulbesichtigungen und Unterrichtsbesuchen festgestellten Defizite sprächen deutlich dagegen, dass der Antragsteller den für die Einstufung in die 13. Klasse erforderlichen Unterricht in der zweiten Fremdsprache erhalten habe. *Verwaltungsgericht Berlin, 19. September 2014 (VG 3 L 575.14)*

## INTEGRATIONSKINDER: SCHULPLATZVERGABE RECHTSWIDRIG

Übersteigt an einer allgemeinen Schule die Nachfrage die Anzahl der vorhandenen Plätze für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, darf die Auswahl nicht durch das Los getroffen werden. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin entschieden. Die Klägerin bewarb sich erfolglos um Aufnahme in eine 7. Klasse an einer allgemeinen Schule in Berlin-Mitte. Den dort für sogenannte Integrationskinder zur Verfü-

gung stehenden 16 Plätzen standen 24 Anmeldungen gegenüber. Nach der Berücksichtigung von Geschwisterkindern wurden die verbliebenen Plätze verlost. Die dagegen erhobene Klage war erfolgreich: Eine Schule hätte sie nur abweisen dürfen, wenn eine angemessene Förderung nicht möglich sei. Zur Vorbereitung einer Entscheidung über die Aufnahme an die gewählte oder eine andere Schule müsse ein Ausschuss gebildet werden; dieser müsse die Unterlagen sämtlicher Bewerber mit sonderpädagogischem Förderbedarf sichten sowie die Erziehungsberechtigten und die betreffende Schule anhören. Das sei nicht geschehen. Die Erstwunschschule müsse die Klägerin zusätzlich aufnehmen. Gegen das Urteil ist die Berufung zulässig. *Urteil Verwaltungsgericht Berlin vom 15. Juli 2014 - VG 14 K 85.14*

## EINGLIEDERUNGSHILFE: AUCH NACH BERUFSAUSBILDUNG

Eingliederungshilfe zur Hochschulausbildung durch den Sozialhilfeträger ist auch bei bereits erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung des Hilfesuchenden nicht ausgeschlossen, sofern die Hochschulausbildung eine »angemessene« Berufsausbildung darstellt. *Sozialgericht Karlsruhe, Beschluss vom 29. September 2014 - S 1 SO 3101/14 ER (einblick19/2014)*

## PAUSENHOFGERÄUSCHE SIND KEIN LÄRM

Nachbarn müssen die üblicherweise von einer Grundschule ausgehenden Geräusche hinnehmen. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin entschieden. Die Klage richtete sich gegen die Erweiterung des Schulbetriebs der an ihre Grundstücke in Berlin-Zehlendorf angrenzenden privaten Grundschule von 100 auf 127 Schüler. Die KlägerInnen befürchteten eine mit dem Charakter eines allgemeinen Wohngebietes nicht mehr verträgliche Lärmbelästigung und verlangten eine Lärmschutzmauer sowie in den Musik- und Gymnastikräumen schallisolierte Fenster. Das Verwaltungsgericht Berlin wies die Klage ab. Der erweiterte Schulbetrieb verletze keine nachbarschützenden Vorschriften. Geräuscheinwirkungen von Kindertagesstätten, Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen seien im Regelfall keine schädlichen Umwelteinwirkungen. *Urteil Verwaltungsgericht Berlin vom 25. Juni 2014 - VG 13 K 109.12*

## GLEICHSTELLUNG MIT SCHWERBEHINDERTEN

Behinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30, sollen schwerbehinderten Menschen gleichgestellt werden, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz nicht erlangen können. *Bundessozialgericht, Urteil vom 6. August 2014 - B 11 AL 5/14 R (einblick19/2014)*

## ELTERNGELDPLUS MIT PARTNERSCHAFTSBONUS

Ende September präsentierte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig den Gesetzentwurf zum Elterngeld-Plus. Damit soll es Eltern künftig erleichtert werden, Elterngeldbezug und Teilzeitarbeit miteinander zu kombinieren. Eltern, die frühzeitig in Teilzeit wieder in den Beruf zurückkehren, erhalten länger finanzielle Unterstützung, bis zu 28 Monate: Aus einem bisherigen Elterngeldmonat können zukünftig zwei ElterngeldPlus-Monate werden. Wenn beide Eltern gleichzeitig zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten, kann jeder von ihnen vier Bonusmonate mit ElterngeldPlus bekommen. Dieser Bonus wird nach einer Abänderung des ursprünglichen Gesetzentwurfs nun auch alleinerziehenden Müttern und Vätern, die sich das gemeinsame Sorgerecht teilen, gewährt. Zudem soll die Elternzeit flexibler werden: Bis zu 24 Monate Elternzeit zwischen dem dritten und achten Geburtstag des Kindes können zukünftig ohne Zustimmung des Arbeitgebers genommen werden. Die Regelungen sollen für Geburten ab 1. Juli 2015 gelten. Das »alte« Elterngeld soll parallel weiter existieren. Das Gesetz wurde im November 2014 im Bundestag verabschiedet.

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

**Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:**

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

Nutzen Sie „Die Sprache des Herzens – Das Leben der Marie Heurtin“ für Ihren Unterricht. Vorstellungen für Schulklassen sind möglich. Wenden Sie sich gerne an Ihr Wunschkino vor Ort.

# SEHNSUCHT

Ach, wie habe ich das vermisst. Hundert, zweihundert nette junge Menschen, die vor einem Jugendtheater ungeduldig auf Einlass warten. Hier wird inszeniert, was in der Berliner Oberstufe in Literatur behandelt werden muss. Hier harrt die künftige Elite unseres Landes darauf, Wissen und Kultur aufzusaugen. Eine Kollegin meiner früheren Schule hat noch zwei Karten übrig, und natürlich sind mein Mann und ich als passionierte Deutschlehrer sofort bereit, sie zu begleiten. Wenn wir als Rentner sonst ins Theater oder Konzert gehen, stoßen wir auf ältere und ganz alte Menschen, es sei denn, wir besuchen das hochgelobte »Theater des Jahres«, da trifft man auch Zuschauer unter 65.

Da auf meiner Eintrittskarte »Parkett rechts« steht, wende ich mich zum rechten Eingang. Eine einsame Platzanweiserin empfängt mich. Alle übrigen Zuschauer drängen sich an der linken Tür, und das Stück beginnt mit einer deutlichen Verzögerung. Der Schauspieler, der in Unterhosen mit aufreizend »unmännlichen« Bewegungen auf der Bühne rumhüpft, gewinnt die Herzen seines jungen Publikums im Sturm. Ich aber bewundere Nonkonformisten, die sich nicht von jedem vordergründigen Klamauk korrumpieren lassen. Also z.B. die junge Frau vor mir, die in der ersten Halbzeit unentwegt auf ihr Smartphone starrt, Nachrichten empfängt und verschickt, nicht ohne diese zuvor ausführlich mit ihrer Nachbarin diskutiert zu haben. Hin und wieder senkt sich ihr Haupt für einen kurzen Power Nap (Sie können mit diesem Begriff nichts anfangen? Na gut, früher hieß so was »Nickerchen«. Große Firmen wie BASF, Opel und Lufthansa stellen ihren Mitarbeitern sogar Räume dafür zur Verfügung, denn eine kleine Siesta tagsüber erhöht die Leistungskraft und fördert die Motivation!) Vor mir sitzt also eine kluge und zukunftsorientierte Schülerin, die ihre Energien einzuteilen weiß. Warum soll sie auch einer Aufführung Respekt zollen, die für sie unendlich langweilig ist? Schauspieler müssen fesseln und faszinieren! Wenn sie das nicht können, sollten sie den Beruf wechseln (wir suchen derzeit im Berliner Schuldienst dringend Quereinsteiger….) oder sie müssen die Folgen aushalten. Zum Beispiel die drei jungen Frauen hinter mir. Sie haben riesige Handtaschen, eher Säcke dabei, in denen sie unentwegt suchen. Klapp, Tasche auf. Kram, kram, raschel, knister, knusper. Klapp, Tasche zu. Dabei unterhalten sie sich laut und deutlich. Ich liebe freie Persönlichkeiten! Sie lassen sich nicht von kleinbürgerlichen Konventionen beeindrucken (im Theater isst man nicht, im Theater spricht man nicht, mit schwerer Bronchitis bleibt man daheim).

Im Saalhintergrund wird ein permanenter, männlich dominierter Klangteppich produziert, auf den die Schauspieler elegant ihre Dialoge setzen. Eine Plastikflasche fliegt durchs Parkett, ein Schüler haut seinem Kumpel auf den Kopf, der zwei Reihen vor ihm sitzt. Ich amüsiere mich königlich. Welche Kreativität, welch ungezügeltes Temperament! Endlich mal wieder Leben in der Bude! Die SchülerInnen meiner Kollegin wirken dagegen domestiziert und eingeschüchtert. Sie hocken wie Mumien in ihren Sitzen, angespannt und verängstigt. Niemand zappelt, raschelt oder öffnet zischende Seltersflaschen. Wer weiß, mit welchen Konsequenzen meine Kollegin sie bedroht hat. Arme Kinder!

Leider will mein Mann in der Pause gehen. Ihm gefällt die Inszenierung nicht. Er huldigt ja dem Humboldt'schen Bildungsideal und denkt immer noch, Inhalte seien wichtiger als die Form. Er wirft mit Sprüchen um sich wie: »Wenn Buch und Kopf zusammenstoßen und es klingt hohl, dann ist nicht immer das Buch daran schuld.« Oder »Wenn man einem Affen den Spiegel vorhält, kann kein Apostel zurückschauen.« Also alles sehr konservativ, autoritär und archaisch. Da er das Auto hat und wir weit entfernt von unserem Ruhesitz sind, muss ich notgedrungen mit. Die S-Bahn wird nämlich bestreikt.

Aber ich finde in den Herbstferien schnellen Trost für das entgangene Theatervergnügen. Da besichtigen wir ein ehemaliges DDR-Gefängnis in Sachsen. Gemeinsam mit uns besieht sich eine Schulklasse enge Transportwagen, Zellen und Verhörräume. Ein Museumsführer redet pausenlos auf die Jugendlichen ein. Haut ihnen kübelweise Historie und Begriffe wie Unrecht und Verfolgung um die Ohren. Auch hier beeindrucken mich die jungen Menschen, die cool ihre Individualität bewahren und sich nicht an spießige Regeln halten. Ein paar Mädchen kontrollieren im Taschenspiegel ihr Make-up, Knaben kauen ungerührt Kaugummi, in der Ecke erledigt einer wichtige Telefonate. Vielleicht gründet er gerade ein Start-up-Unternehmen oder spekuliert an der Börse. Ich bewundere den Begleitlehrer, der seinen Schülern diese Freiheit gönnt. Das kann nicht jeder Lehrer! Aber hier steht ein echter Potenzialentwicklungscoach, der den Kindern alle Möglichkeiten zur persönlichen Entfaltung gibt.

Denn das brauchen wir: kreative, unkonforme, unbefangene und originelle junge Menschen. Aufbegehrend gegen alte Zwänge, konzentriert auf sich selbst und das eigene Tun. Schade, dass ich nicht mehr im Schuldienst bin und in dieser Hinsicht förderlich wirken kann. Aber ich kann zumindest auf dem Weg dieser Glosse andere Hirne und Herzen erreichen!

*Gabriele Frydrych*

# Extremer Reichtum wird verheimlicht

**Eine spärliche Datenlage verhindert keine kritische Bewertung der zunehmenden Unterschiede zwischen Arm und Reich und den problematischen Auswirkungen auf die Wirtschaft**

*aus Böckler Impuls, Ausgabe 16/2014*

Überall auf der Welt sprechen die wirklich Reichen nur ungern über ihr Vermögen. Auch deshalb gibt es keine verlässlichen Erhebungen darüber, wie groß der Reichtum am oberen Ende der Verteilungsskala genau ist. Das ist auch relativ unerheblich, da trotzdem sicher ist, dass der Abstand zwischen Arm und Reich wächst. Diese zunehmende Ungleichheit ist nicht nur aus sozialer Sicht problematisch, denn sie wirkt sich auf die Wirtschaft destabilisierend aus und ist keine gute Voraussetzung für eine solide Wirtschaftsentwicklung:

Einkommensschwache Haushalte und eine Mittelschicht mit stagnierenden Einkommen können nicht so viele Güter kaufen, wie für Vollbeschäftigung nötig wäre. Investitionen in neue Maschinen und Gebäude erscheinen deshalb nicht rentabel. So legen die Reichen ihr Geld eher an den Finanzmärkten an. Dieser »Übersparnis« steht eine zunehmende Verschuldung unterer und mittlerer Einkommensklassen oder des Auslands gegenüber, erklären die Forscher des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) Jan Behringer, Thomas Theobald und ihr Ko-Autor Till van Treeck, Professor an der Universität Duisburg-Essen.

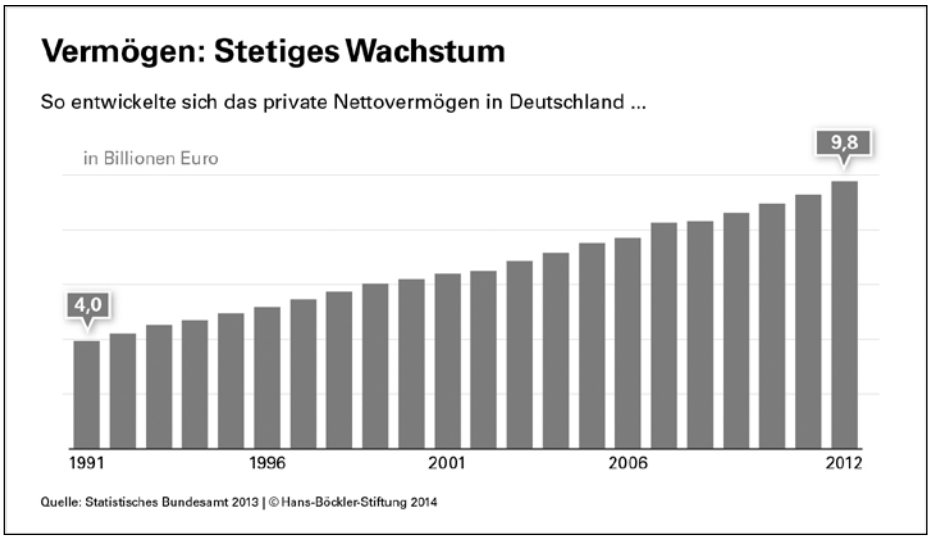
## Risiken der zunehmenden Ungleichheit

In beiden Fällen handele es sich nicht um nachhaltige Wirtschaftsmodelle. So sähen viele international führende Ökonomen die wachsende Ungleichheit als eine wesentliche Ursache für die große Rezession von 2008 und 2009. Daher sollte die Politik die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung genau beobachten, um gegebenenfalls eingreifen zu können. Allerdings ist das leichter gesagt als getan. Denn die Datengrundlage ist dünn – besonders am oberen Ende der Verteilung. Gewichtige Indizien sprechen dem IMK zufolge dafür, dass die wirtschaftliche Ungleichheit in Deutschland meist unterschätzt wird.

Das liegt zum Teil in der Natur der Sache und zum Teil an der gegenwärtigen Politik. Während sich der Umfang der Armut oder die Zahl der Besserverdiener mit groß angelegten Befragungen wie dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) gut abbilden lässt, ist der extreme Reichtum schwer messbar. Denn er konzentriert sich auf eine sehr kleine, auf Diskretion bedachte Personengruppe, die von Bevölkerungsumfragen kaum erfasst wird. Selbst wenn es gelänge, Millionärs- und Multimillionärshaushalte repräsentativ zu erfassen, wäre fraglich, ob die Betreffenden ihr Einkommen und Vermögen korrekt angeben würden.

## Finanzämter haben keinen Überblick

Verlässliche Informationen dürften sich eher aus Steuerstatistiken ablesen lassen, so die Wissenschaftler. Aber hier fehle es an aktuellen Zahlen: Die vom französischen Ökonomen Thomas Piketty und anderen auf Basis von Steuerdaten generierte World Top Incomes Database (WTID) nennt für Deutschland zuletzt Werte von 2007. Und auch eine Fortschreibung wird kein vollständiges Bild liefern: Weil hierzulande keine Vermögensteuer mehr er-




hoben wird, haben auch die Finanzämter den Überblick über die Besitztümer der Superreichen verloren. Selbst bei den laufenden Einkommen ist die Zuordnung zu einzelnen Personen oft nicht möglich. Denn seit Einführung der pauschalen Abgeltungssteuer brauchen die meisten Kapitalerträge nicht mehr in der persönlichen Steuererklärung aufgeführt zu werden.

Die unterschiedlichen Methoden liefern nicht nur unzureichende, sondern zum Teil auch widersprüchliche Daten über Entwicklungen im höchsten Einkommenssegment. So weisen Analysen mit dem SOEP in den 2000er-Jahren eine Zunahme der Ungleichheit aus. Dagegen konnten die höchsten Einkommensgruppen ihren Anteil am Kuchen laut WTID in Deutschland – anders als in den USA – kaum steigern.

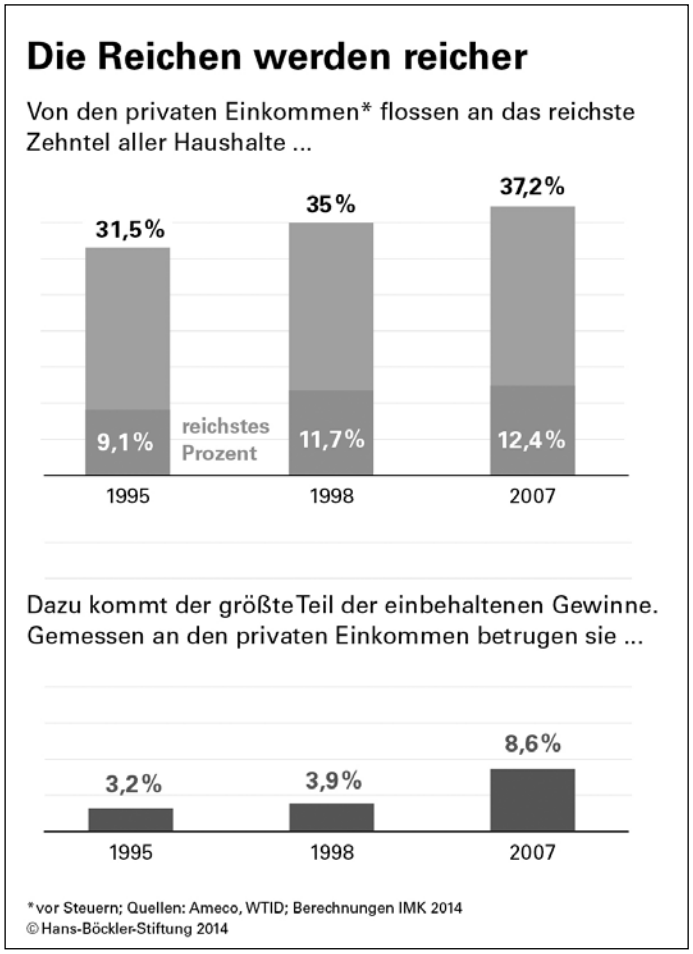
Das muss aber nicht heißen, dass der Prozess der Polarisierung zum Stillstand gekommen ist, betonen die IMK-Forscher. Sie vermuten vielmehr, dass die eher verhaltene Ausschüttungspolitik der Unternehmen in Deutschland die Zunahme des privaten Reichtums verschleiert. Angesichts fallender Lohn- und entsprechend steigender Gewinnquoten sei eine weitere Zunahme der Ungleichheit in Deutschland mehr als wahrscheinlich. Dies habe sich in den vergangenen Jahren aber nicht in den persönlichen Einkommen der Superreichen niedergeschlagen, weil das Geld häufig noch in den Unternehmen steckt. Anders als in den USA, wo größere Teile der Gewinne direkt an Aktionäre und Topmanager ausgezahlt wurden. Die einbehaltenen deutschen Unternehmensgewinne, argumentieren die Wissenschaftler, seien jedoch letztlich den reichsten Haushalten zuzurechnen. Schließlich sind sie die größten Anteilseigner oder Firmeninhaber.

## Gegensteuern dringend erforderlich

Das SOEP lässt in der jüngeren Vergangenheit zwar eine zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen erkennen. Bei den Vermögen hat sich der Statistik zufolge jedoch wenig getan. Allerdings ist dieser Befund laut IMK-Analyse nicht recht plausibel. So hat das Betriebsvermögen nach Angaben der befragten Haushalte zwischen 2002 und 2012 sogar abgenommen, was nicht mit Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung übereinstimmt. Jedenfalls sei – auch im Einklang mit den Forschungsergebnissen von Piketty – viel eher damit zu rechnen, dass wachsende Ungleichheit bei den Einkommen auch zu mehr Ungleichheit bei den Vermögen führen wird. Mehr noch: Weil Bezieher hoher Einkommen mehr sparen können und die Kapitalrendite erfahrungsgemäß häufig über der Wachstumsrate der übrigen Einkommen liegt, könne man beinahe sicher mit einem weiteren Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich rechnen.

Hier gelte es gegenzusteuern, mahnen die Verfasser der Studie. Immerhin habe die Politik den Zusammenhang zwischen Ungleichheit und makroökonomischer Instabilität in früherer Zeit schon einmal verstanden: »In den USA etwa erhöhte der Wealth Tax Act als Teil des New Deal von Präsident Franklin D. Roosevelt und als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer auf 79 Prozent.« In Deutschland wären nach Auffassung der Forscher heute zumindest die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie die Abschaffung der Abgeltungssteuer geboten. Kapitalerträge würden dann nicht mehr pauschal, sondern progressiv – mit dem persönlichen Einkommensteuersatz – besteuert. ■

*Quellen: Jan Behringer, Thomas Theobald, Till van Treeck: Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht (PDF), IMK-Report 99, Oktober 2014. www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_99_2014.pdf*



# Im Labyrinth des Schweigens

## Hintergründe zum neuen Spielfilm über den Auschwitz-Prozess

*von Harald Freiling, Redakteur der hessischen GEW-Zeitschrift HLZ*

Im November 2014 ist der Film »Im Labyrinth des Schweigens« in die Kinos gekommen. Regisseur Giulio Ricciarelli und Drehbuchautorin Elisabeth Bartel widmen ihren Film dem Andenken Fritz Bauers, der die Frankfurter Auschwitz-Prozesse maßgeblich initiierte und damit auch den Holocaust ins öffentliche Bewusstsein rückte. Fritz Bauer war ein engagierter Demokrat aus jüdischem Elternhaus. 1933 wurde er aus dem Staatsdienst entlassen und emigrierte 1936 zunächst nach Dänemark, später nach Schweden. Nach seiner Rückkehr rehabilitierte er im Remer-Prozess 1952 die Attentäter des 20. Juli. Mit dem Auschwitz-Prozess 1963 initiierte Bauer als hessischer Generalstaatsanwalt ein Strafverfahren, das einen neuen Blick auf die NS-Zeit ermöglichte und die westdeutsche Gesellschaft nachhaltig veränderte.

Fritz Bauer (Gert Voss, Mitte) berät sich mit Johann Radmann (Alexander Fehling) und Thomas Gnielka (André Szymanski).

### Geschichtlicher Hintergrund

Fritz Bauer wird in dem Film von dem kürzlich verstorbenen Gert Voss verkörpert, die Hauptperson des Films ist jedoch die fiktive Figur des jungen Staatsanwalts Johann Radmann, gespielt von Alexander Fehling, der gerichtsverwertbare Beweise gegen Auschwitz-Mörder sammelt, die im Nachkriegsdeutschland unbehelligt ihr Leben fortsetzen konnten. Nicht fiktiv ist die Person des Journalisten Thomas Gnielka (gespielt von André Szymanski), der nach Gesprächen mit Auschwitz-Überlebenden eine Liste mit SS-Wachmannschaften an Fritz Bauer weitergab, die als Initialzündung für den Auschwitz-Prozess angesehen werden kann. Gnielka, von 1957 bis 1961 Redakteur der Frankfurter Rundschau, starb 1965 im Alter von nur 36 Jahren kurz nach Eröffnung des Auschwitz-Prozesses – verfolgt von dem, was er mit 15 Jahren als Luftwaffenhelfer in Auschwitz gesehen hatte, und erschöpft von der Suche nach den Mördern in Deutschland. Unter anderem gab er den entscheidenden Hinweis auf das Versteck von Richard Baer, dem letzten Kommandanten des KZ Auschwitz. Werner Renz, Historiker am Frankfurter Fritz Bauer Institut, hält das Film-Drehbuch für »authentisch – es übertreibt nichts, es verzerrt nichts, es stellt das Ermittlungsverfahren korrekt dar.« Die eingewobene Liebesgeschichte, die Atmosphäre zwischen Petticoat und Wirtschaftswunder kann man mögen – oder auch nicht.

### HINWEISE UND MATERIALIEN

- Eine Biografie sowie die Erzählung von Thomas Gnielka »Die Geschichte einer Klasse« ist jetzt aktuell erschienen unter dem Titel »Als Kindersoldat in Auschwitz« im Verlag CEP Europäische Verlagsanstalt zum Preis von 19,90 Euro.
- Wer mehr über das Leben und den plötzlichen Tod von Fritz Bauer (1903-1968) erfahren will, dem sei der Dokumentarfilm »Tod auf Raten« der Regisseurin Ilona Ziok empfohlen. Er zeichnet ein vielschichtiges Porträt des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer, dessen Tod nur oberflächlich untersucht wurde und ein schwerer Rückschlag für die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen war.
- Gut für die Schule eignen sich auch die interaktiven Spezialseiten des Hessischen Rundfunks zur Geschichte der Auschwitz-Prozesse: www.wissen.hr-online.de > Specials > Das Ende des Schweigens: Der Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963-1965.
- Unterrichtsmaterialien und Leselisten zu dem Film »Labyrinth des Schweigens« stellt die Stiftung Lesen für die Klassen 9 bis 12 als Download zur Verfügung: www.stiftunglesen.de > Suche: Labyrinth des Schweigens > Download.

FOTO: VERLEIH

Eine Szene aus dem Dokumentarfilm über die East Side Gallery. Siehe Meldung auf dieser Seite.

FOTO: KARIN KAPER FILM

## AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Im **Ballhaus Naunynstraße** firmiert die Jugendtheaterarbeit unter dem Titel *»Akademie der Autodidakten«* – ein Hinweis darauf, dass hier im Sinne einer »kulturellen Bildungspraxis aus postmigrantischer Perspektive« auch oder vorwiegend thematisch gearbeitet wird. Jüngstes Thema des ‚Theater-Jugendclubs' waren psychische Störungen und Klinikaufenthalt, aufgeführt unter dem Titel »Schizo!«. Ein schwieriges Thema also, vorwiegend auf Recherchen beruhend; anders als sonst fließen nur einige eigene biographische Erfahrungen ein. In spannenden Blitzlichtern stellen sich die einzelnen »Typen« (und Krankheitsbilder) vor, finden sich zu immer neuen und anderen Konstellationen, zeigen also auch, wie die »Zwangsgemeinschaft« der »Patienten« (ähnlich wie bei der Zwangsgemeinschaft Schulklasse) zur »Gruppe« wird (oder werden kann). Die Aufführung entgeht weithin der Gefahr äußerlicher Rekonstruktion, sie zielt auf Problematisierung und Erkenntnisgewinn. Das wird noch einmal besonders deutlich in der nachfolgenden Diskussion mit dem Publikum (ab 16).

**Rambazamba** wagt sich an den *»Philoktet«* des Sophokles und macht das Publikum (wie die SpielerInnen) zunächst bekannt mit der Vorgeschichte. Dieses »Vorspiel zu Herakles«, musikalisch akzentuiert, ist eine sehr klare, auch szenisch überzeugende Einführung in einen schwierigen (und dem heutigen Publikum fern liegenden) Zusammenhang und eine besondere Problematik. Von Herakles nämlich stammt der Bogen mit den vergifteten Pfeilen, der den Griechen die Einnahme von Troja garantiert; Besitzer aber ist Philoktet, den die Griechen wegen seiner unheilbaren Krankheit auf einer menschenleeren Insel ausgesetzt haben. Nur durch ein Lügengewebe, ausgedacht und inszeniert von Odysseus, würde sich Philoktet die Waffen abschwatzen lassen. Wie das geschieht, zeigt das eigentliche Stück des Sophokles. Es wird bei Rambazamba, leider, nur ungefähr deutlich. Die Szenerie hilft wenig: ein nicht mehr handhabbarer Bogen, ein Spielsymbol, keine Waffe; ein überdimensionaler Pfeil (nur einer!); Andeutungen von Schiff (oder Welle?); die Schiffsmannschaft des Odysseus mit Bierkästen und Butterbroten weder bedrohlich noch grotesk. Sehr klar dagegen die messerscharfen Argumentationen des Drahtziehers Odysseus; bewegend der junge Neoptolemos, der Schwierigkeiten hat mit Lüge und Betrug. Und: ein sehr schönes, informatives Programmheft (ab 16).

*»Gazes that matter«* im **Ballhaus Naunynstraße** ist eher eine Versuchsanordnung als ein Theaterstück (»to gaze« = starren; »gaze« = starrer Blick). Es geht um Wahrnehmung und Kontakt, zunächst nur mit Blicken (vom Schauspieler zum Publikum und zurück), dann folgen knappe Äußerungen, die sich auf das Publikum beziehen, aber nicht oder nur andeutungsweise beantwortet werden. Mit dem Auftritt eines Tänzers kommen Bewegungen hinzu, ohne dass sich benennbare Beziehungen zwischen den Spielern oder zwischen Spielern und Publikum entwickeln. Als dritte Mitwirkende schließlich eine Musikerin, die zunächst ohne die bereitliegende Violine Kontakt mit Blicken und Bewegungen aufnimmt, dann markante Töne mit Bühnengegenständen produziert, schließlich auch mit der Geige improvisiert – fast schon ein Dialog mit den Bewegungen des Tänzers. Dann eine lange Ruhepause ohne Aktionen; zum Abschluss eine Reprise, eine Art musikalischer Koda – einzelne Fragmente werden kurz wieder aufgenommen. Zwischendurch ein kleines »Glanzlicht«: ein Solo der Violine, zu der die Musikerin halb spricht, halb singt – kein verständlicher Text, aber ein sublimer Zusammenklang (ab 16; vielleicht empfehlenswert für DS-Kurse, die am Thema Kommunikation arbeiten).

*Hans-Wolfgang Nickel*

## THEATER

**Zweimal Deutscher Amateurtheaterpreis 2014 nach Berlin**

Der Bund Deutscher Amateurtheater (BDAT) schrieb 2014 zum dritten Mal den bundesweiten dotierten Preis für die Sparten Schauspiel/Kinder- und Jugendtheater/Seniorentheater/Mundart und Volkstheater/Offene Theaterformen aus. In der Sparte Seniorentheater ist 2014 das Theater der Erfahrungen/Hospiz Schöneberg aus Berlin mit seiner Produktion »Bertha, stirb endlich!« ausgezeichnet worden. In der Sparte Kinder- und Jugendtheater wurde ebenfalls eine Berliner Gruppe ausgezeichnet: das Jugendtheater-Büro Berlin (JTB) mit seiner Produktion *»90/60/90 Rollenscheiß«*. Das JTB ist ein künstlerischer Betrieb in Berlin-Moabit, der seit 2009 von Mitarbeitern und Jugendlichen verschiedenster Altersgruppen, Religionen, Nationalitäten und Charakteren gemeinsam getragen und gestaltet wird. Die Ensemblemitglieder des Stückes »90/60/90 – Rollenscheiß« sind größtenteils muslimische Jugendliche im Alter von 16 bis 22 Jahren aus verschiedenen Berliner Stadtteilen.

**Kinodokumentarfilm über die East Side Gallery**

Anlässlich des 25jährigen Bestehens der East Side Gallery im Jahr 2015 haben Karin Kaper und Dirk Szuszies einen Kinodokumentarfilm gedreht, der am 6. Januar 2015 im Kino Babylon Berlin Mitte Weltpremiere hat und bundesweit am 8. Januar 2015 in den Kinos startet. Das längste noch erhaltene Stück Berliner Mauer gilt als größte Open-Air-Galerie der Welt und zieht seit ihrer Eröffnung 1990 Millionen Besucher aus aller Welt an. Karin Kaper und Dirk Szuszies haben viele Künstler und alle an der Restaurierung und Sanierung im Jahr 2009 Beteiligten von damals bis heute begleitet. Archivmaterial der Künstler von 1990 ermöglicht einen authentischen Rückblick. Die Dokumentation eröffnet einen Einblick in die Geschichte der East Side Gallery und geht dabei auch auf die aktuellen Konflikte ein, die den Bestand des zum Denkmal erklärten Symbols der friedlichen Revolution gefährden. Die Regisseure begleiten das gesamte Jahr 2015 Filmveranstaltungen in Berlin persönlich und stehen auch für Schulveranstaltungen in Kinos und Schulen zur Verfügung. Kontakt und Terminabsprache: Karin Kaper Film/Karin Kaper und Dirk Szuszies, Naunynstr.41a, 10999 Berlin. Telefon 030-61 50 77 22 oder

0160-493 40 29 oder per Mail kaperkarin@web.de und www.karinkaper.com. Homepage: www.berlineastsidegalleryfilm.de

## FORTBILDUNG

**Förderung von Zusammenspiel und Kooperation**
Theater spielen ist eine besondere Form von Teamwork: Ideen, Sprache, Stimme, Körper – ja die ganze Persönlichkeit von jungen SpielerInnen steht »auf dem Spiel« und bildet im Idealfall gemeinsam mit den anderen ein unschlagbares Ensemble. Dieser Kurs vermittelt Trainings- und Aufgabenstellung zur Entwicklung und Anwendung des kooperativen Potenzials von Schülergruppen auf der Basis von Improvisation und Theaterarbeit. Ein Aufführungsbesuch mit anschließendem Gespräch veranschaulicht und reflektiert dies. Zielgruppe sind Lehrkräfte der Sekundarstufen, 5. bis 13. Klasse. Die Fortbildung wird geleitet von Ursula Jenni und findet statt immer mittwochs am 14. Januar, 21. Januar und 28. Januar 2015. Jeweils von 15 bis 18 Uhr in der Strahl-Probebühne, Kyffhäuserstr. 23, 10781 Berlin. Theaterbesuch nach Absprache. Bei notwendiger Unterrichtsbefreiung ist der Antrag auf Freistellung zusammen mit einer Kopie des Anmeldeformulars auf den Dienstweg zu geben. Infos und Anmeldung bis 24. Dezember unter 030 695 99 222 oder strahl@theater-strahl.de

## AKTIVITÄTEN

**Anmelden zum Boys'Day 2015**
Der nächste Boys'Day am findet am 23. April 2015 statt. Einrichtungen, Organisationen und Unternehmen können sich unter www.boys-day.de für die Teilnahme eintragen. Schüler ab Klasse fünf erfahren am Boys'Day mehr über die Berufsbereiche Erziehung, Soziales und Gesundheit und nehmen an jungenpädagogischen Angeboten teil. Das Boys'Day-Radar ermöglicht Jungen jederzeit, die Angebote vor Ort abzurufen. Seit 2011 haben mehr als 130.000 Jungen an rund 20.000 Boys'Day-Angeboten teilgenommen. Der soziale Beruf Erzieher ist ein neuer Wunschberuf: Bei den Boys'Day-Teilnehmern landet er auf Platz 3 der Beliebtheitsliste. Einrichtungen, Organisationen und Unternehmen heißen Jungen im sozialen Bereich ausdrücklich willkommen und setzen auf vielfältigen Nachwuchs. Weitere Informationen unter www.boys-day.de

**Ehrenamtliche gesucht**
Das BBZ (Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und MigrantInnen) sucht UnterstützerInnen, die im Unterricht neben den Deutschlehrkräften einzelne Teilnehmer unterstützen und ihnen helfen. Die Kursgruppen sind sehr heterogen, da sowohl Fortgeschrittene als auch Anfänger in den Alphabetisierungskursen betreut werden. Der Unterricht findet täglich von 10 bis 13 Uhr statt, es muss aber nicht jeden Tag eine UnterstützerIn dabei sein. Eine weitere Möglichkeit wäre, einen neuen Kurs mit Ehrenamtlichen zu organisieren, der dann aber nachmittags so ab 13 Uhr und später stattfinden könnte. Wir sind ein gemeinnütziger Verein, der sich durch Projekte finanziert und leider keine finanziellen Mittel zur Verfügung hat, um dafür Lehrkräfte einzustellen – und das, obwohl der Bedarf enorm ist. Bei Interesse bitte bei Dijana melden: d.basic@kommmitbbz.de

## INTERNET

**osz-gegen-rechts.de** führt zum Handbuch »SELBST.BESTIMMT« zur Unterstützung der Berliner SchülerInnenvertretungen. Das Handbuch bietet eine ausführliche Hilfestellung über viele Themenbereiche, damit sich SchülerInnen aktiv an der Schulpolitik beteiligen können. Es klärt darüber auf, welche Mitwirkungsmöglichkeiten SchülerInnenvertretungen haben und was sich für MitschülerInnen erreichen lässt. Das Handbuch wurde mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung und der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg und weiteren Einrichtungen herausgegeben.

## SENIORINNEN

*Die Veranstaltungen der SeniorInnen sind selbstverständlich offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste!*

**GEW-Chor:** 17.12. und 14.1. jeweils um 17 Uhr im GEW-Haus, Ahornstr. 5, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

**GEW-Singkreis:** 7.1. um 17 Uhr im GEW-Haus, Ahornstr. 5, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

**Landesseniorenausschuss:** 17.12. um 11 Uhr im GEW-Haus, Ahornstr. 5

**BSA Pankow**
*13. Januar 2015:* Besuch im Naturkundemuseum. 134.000 verschiedene Fliegen- und Mückenarten plagen die Menschheit als gefährliche Krankheitsüberträger, nützen ihr aber auch als Reinigungskraft. Wir wollen bei der Führung die lästigen Brummer kennenlernen. Wir können dabei auch Knut besuchen. Treffpunkt: 11 Uhr vor dem Museum, Invalidenstr. 43, Eintritt 1,50 Euro, Kontakt: Anne Slateff, Tel. 986 48 37

**BSA Lichtenberg**
*14. Januar 2015:* Besuch des Brandenburger Landtages im Neubau des Stadtschlosses. Bei einer Führung lernen wir das Gebäude des neuen Landtages näher kennen. Vorher können wir in der Kantine gegen 13 Uhr zu Mittag essen. Treffpunkt: 12.30 Uhr Hauptbahnhof Potsdam, oben am Quergang am Infostand der DB oder 13.45 Uhr am Eingang des Landtages am Alten Markt (Beginn der Führung 14 Uhr). Fahrverbindung: S7 oder RE 1 bis Potsdam Hauptbahnhof. Kontakt: Gisela Barth, Tel. 242 38 19

ANZEIGE

# Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

## Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-27
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
Extra günstig vom Spezialisten
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen günstig bis 120%
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 35 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit
3,95% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 30.000 €, Lfz. 96 Monate, 3,95% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,88% p.a., Rate 365,- €, Gesamtkosten 34.928,25 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz,de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 €, effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

KLASSE n REISEN
Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:
Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab EUR 235,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab EUR 220,-
Oder Österreich...Holland...Frankreich...Kroatien...Deutschland
Städtereisen: Berlin, München, Hamburg, Köln, Dresden, Weimar, Freiburg
Amsterdam, Brüssel, Paris, London, Straßburg, Wien, Krakau, Rom, Prag...
Günstige Flugreisen in viele europäische Metropolen...
Tel. 030/3030836
KLASSE REISEN GmbH • www.klasse-reisen.com • mail@klasse-reisen.com

Von hier an ... ... geht es aufwärts!
Klinik am Leisberg BADEN-BADEN
Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!
Indikationen:
Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Essstörungen, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe
Privatklinik für psychologische Medizin. Akutaufnahme möglich, wir beraten Sie gern!
Gunzenbachstraße 8 · 76530 Baden-Baden · Telefon 07221 / 39 39 3-0
Fax 07221/39 39 3-50 · www.leisberg-klinik.de · info@leisberg-klinik.de

Kinder lieben Geschichten
Kostenlose Lesestart-Sets für Kinder ab 3 Jahren in der Bibliothek!
www.Lesestart.de

bleifrei Medien Kommunikation
Erkelenzdamm 9
10999 Berlin
Tel.: 61 39 36-0
info@bleifrei-berlin.de

Buttonmaschinen, Material und mehr:
www.shop.graph-druckula.de
Graph Druckula GmbH · Tel. 69401620 · Mo-Fr 10-17 Uhr

Suche Unterstützung in Mathematik und Latein, 9. Klasse Gymnasium.
Tel. 030/ 324 13 54 (nach 18 Uhr).

RAD- UND WANDERREISEN IN GROSSBRITANNIEN
Cornwall (Coastal Path) • Cotswolds • Kanalinseln
www.sisu-aktivreisen.de

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE
von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.
PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

Extra Buch
VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN
z.B. zu Geschichte, Politik, Literatur, Kunst, Sprachen, Lernhilfen...
Mehringdamm 66
10961 Berlin
030/789 51 797
Mo-Fr 10-20 Uhr
Sa 10-18 Uhr
extrabuch@t-online.de

SUPERVISIONSGRUPPE
FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: INA KAUFMANN
DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSV)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL: KAUFMANN.INA@WEB.DE

LockeToursBerlin
Abruzzen im Herzen der Natur ab 645 EUR
Natürliche Emotionen auch für Familien
Baltische Länder per Rad ab 1295 EUR
Korsika GR20 Wanderung ab 1280 EUR
Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!
www.locketours.de
Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

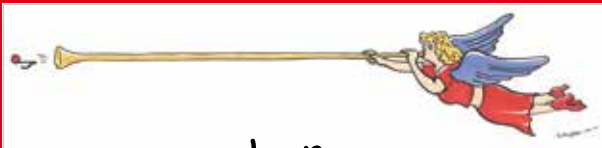
THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2015
- Friedens- und Konfliktforschung: Global Competence – eine Lösung?
- Interkulturelle Kommunikationskompetenz
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Improvisation u. Singen – Impulse f. d. Stimmarbeit
- Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining
- Ressource Lampenfieber

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

BUSART-TOURS GmbH
...das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
Busvermietung: Tel. +49/30/303083-0
Albrechtstr. 138–140 • 12099 Berlin
Fax: +49/30/30 30 83-55
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

Ihre Farbanzeige in der blz
Zum Beispiel diese Anzeige im Vierfarbdruck für nur 76 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«.
Tel. 030 - 21 99 93 46 oder blz@gew-berlin.de

| | | | |
|---|---|---|---|
| 08. DEZ. | 17.00 Uhr | **AG Schulen im sozialen Brennpunkt** | Raum 34 |
| 09. DEZ. | 19.00 Uhr | **LAMA** | Raum 33 |
| | 19.00 Uhr | **AG Schwule Lehrer** | Raum 300 |
| 10. DEZ. | 17.00 Uhr | **AG Frieden** | Raum 47 |
| 11. DEZ. | 18.00 Uhr | **Fachgruppe Schulsozialarbeit** | Raum 33 |
| 16. DEZ. | 19.00 Uhr | **Abteilung Berufsbildende Schulen** | Raum 33 |
| 17. DEZ. | 11.00 Uhr | **LandesseniorInnenausschuss** | Raum 33 |
| 18. DEZ. | 17.00 Uhr | **Abteilung Wissenschaft** | Raum 31 |
| | 18.00 Uhr | **Kita-AG** | Raum 33 |
| 09. JAN. | 17.30 Uhr | **Landesausschuss Frauenpolitik** | Raum 300 |
| 13. JAN. | 17.00 Uhr | **AG Inklusion** | Raum 300 |
| | 19.00 Uhr | **LAMA** | Raum 33 |
| | 19.00 Uhr | **AG Schwule Lehrer** | Raum 300 |



Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein fröhliches Weihnachtsfest und natürlich ein schönes Jahr 2015!

Protestaktion der Lehrbeauftragten am 6. November 2014

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE